

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:
 Abonnementspreis pränumerando:
 Vierteljährlich 3.30 M., monatlich 1.10 M.,
 wöchentlich 26 Pfg. frei ins Haus.
 Einzelne Nummer 5 Pfg. Sonntags-
 nummer mit illustrierten Sonntags-
 beilage „Die Neue Welt“ 10 Pfg. Post-
 abonnement: 1.10 Mark pro Monat.
 Abgetragen in die Post-Verwaltungs-
 Gesellschaft. Unter Kreuzband für
 Deutschland und Oesterreich-Ungarn
 4 Mark, für das übrige Ausland
 5 Mark pro Monat.

Erste Ausgabe außer Montags.

Die Insertions-Gebühr
 beträgt für die sechsgehaltene Kolonne
 oder deren Raum 40 Pfg. für
 politische und gewerkschaftliche Vereins-
 und Veranlassungs-Anzeigen 25 Pfg.
 „Kleine Anzeigen“, das erste (zeit-
 gedruckte) Wort 10 Pfg., jedes weitere
 Wort 5 Pfg. Worte über 15 Buchstaben
 zählen für zwei Worte. Inzertate für
 die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr
 nachmittags in der Expedition abgegeben
 werden. Die Expedition ist an Wochen-
 tagen bis 7 Uhr abends, an Sonn- und
 Festtagen bis 8 Uhr vormittags geöffnet.

Verlegungs-Adresse:
„Sozialdemokrat Berlin“.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV. Nr. 1982.

Dienstag, den 9. Januar 1906.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV. Nr. 1984.

Wie wirkt das preussische Dreiklassenwahlrecht?

Ueber das Ergebnis der allgemeinen Wahlen zum preussischen Abgeordnetenhaus im Jahre 1903 hat das statistische Landesamt eingehende Untersuchungen angestellt und veröffentlicht, aus denen man ein Bild von den Wirkungen des Dreiklassenwahlrechts, des elendesten und widersinnigsten aller Wahlsysteme, gewinnt.

Die Zahl der Urwähler, d. h. der über 24 Jahre alten verfügbaren preussischen Staatsangehörigen männlichen Geschlechts macht rund ein Fünftel der Gesamteinwohnerzahl des Staates aus. Sie belief sich 1903 auf 7 101 963. Davon entfielen auf die erste Klasse 238 845 oder 3,36 Proz., auf die zweite Klasse 856 914 oder 12,07 Proz., auf die dritte Klasse 6 006 204 oder 84,57 Proz., so daß ein Wähler erster Klasse so viel Einfluß hat wie 25 Wähler dritter Klasse. Diese zweite Klasse so viel wie 7 Wähler dritter Klasse. Diese Zahlen gelten natürlich nur im Durchschnitt für den ganzen Staat. Da die Dreiteilung in den einzelnen Wahlbezirken erfolgt, ergeben sich da stellenweise noch viel größere Unterschiede im Verhältnis der Wahlstimmen der drei Wählerklassen zu einander. Es kommt sehr häufig vor, daß ein einziger Urwähler die erste Klasse für sich allein bildet, weil seine wirkliche oder auch nominelle Steuerleistung ein Drittel oder mehr von der Gesamtsteuersumme des Bezirkes ausmacht. Ja, auch die zweite Klasse wird noch häufig durch einen einzigen Urwähler gebildet. In kleineren Fabriksorten kommt es deshalb vor, daß eine einzige Geschäftsfirma durch ihre Firmeneinhaber und oberen Angestellten die beiden ersten Klassen für sich monopolisiert. In den Gutsbezirken tut das der Gutsbesitzer mit seinen Angestellten so wie so durchweg. Nach amtlicher Feststellung gab es Wahlbezirke, in denen die beiden oberen Klassen durch je einen oder zwei Urwähler gebildet wurden:

	I. Klasse	II. Klasse
	1 Urwähler	2 Urwähler
in den Städten	478 Bezirke	634 Bezirke
auf dem Lande	1688 „	1136 „
überhaupt	2166 „	1770 „

Dabei ist noch zu berücksichtigen, daß in einigen dieser Abteilungen erster oder zweiter Klasse der alleinberechtigte Urwähler zwei Wahlmänner zu wählen hat, was von der Größe des Wahlbezirkes abhängt, so daß ein solcher Urwählerprozent dann schon in eine der niederen Klassen hinabsteigen muß, um sich da einen Wahlmann auszusuchen. Durchschnittlich kommt ein Wahlmann auf folgende Zahlen von Urwählern:

	in der I. Kl.	in der II. Kl.	in der III. Kl.
in den Städten	4,31	17,06	142,80
auf dem Lande	6,90	22,06	142,28
überhaupt	5,67	19,57	142,52

Selbst bei den Durchschnittszahlen für den ganzen Staat tritt also das ungeheure Mißverhältnis zwischen den Stimmen der drei Klassen wieder grell zutage.

Die plutokratische Klasseneinteilung wirkt aber obendrein in den einzelnen Wahlbezirken ganz verschiedenartig, je nach der sozialen Struktur der Einwohnerschaft. Besonders in großen Städten, wo gewisse Stadtteile als Wohnquartiere von den wohlhabenden Klassen bevorzugt werden, kann es vorkommen, daß Leute mit hohem Einkommen in die dritte Klasse hinunterrutschen, während in anderen Stadtteilen schon Proletariat mit einem wenig das Durchschnittsniveau gewöhnlicher Lohnarbeiter übersteigenden Einkommen in der zweiten oder gar ersten Klasse wählen. Bekannt ist, daß in der Wilhelmstraße in Berlin verschiedene Minister in der dritten Wählerklasse wählen, während die oberen beiden Klassen von Millionären monopolisiert werden. In einem Wahlbezirk in Altona wählen die Bordellwirte in der ersten, der Polizeipräsident in der dritten Klasse. Umgekehrt ist es der Sozialdemokratie möglich gewesen, in Berlin und anderen großen Städten sogar eine Anzahl von Wahlmännern erster Klasse sich zu sichern, weil in einzelnen Wahlbezirken der Arbeiterviertel auch die Mehrzahl der Urwähler erster Klasse aus Arbeitern bestand. Als Beispiel mag dienen, daß die Grenze zwischen der zweiten und ersten Klasse bei einer jährlichen Steuerleistung von 5 bis 30 M. in 481 ländlichen Bezirken und 25 städtischen Urwahlbezirken, während andererseits in 65 städtischen und 1 ländlichen Urwahlbezirk dritter Klasse die obere Grenze über 3000 M. jährliche Steuer hinausging. Solche Beispiele auffälliger Ungleichheit sind zwar kennzeichnend für die Absurdität des ganzen Verfahrens, sie zeigen aber auch um so deutlicher, was es mit der Behauptung auf sich hat, das preussische System bringe den berechtigten Einfluß von Bildung und Besitz zur Geltung. Tatsächlich ist es nur das Geldvermögen, das darin seine Organe findet. Die Bildungsaneignung ist zwar in der kapitalistischen Ordnung dem Besitzenden weit eher zugänglich als dem Nichtbesitzenden. Die tatsächliche Bildung ist aber keineswegs eine Begleitercheinung des Besitzes, und die politische Bildung, die bei staatlichen Angelegenheiten in erster Reihe in Betracht kommt, ist unter dem Klassenbewußten Proletariat heutzutage in Deutschland als Frucht jahrzehntelanger Massenkämpfe weit höher entwickelt, als unter irgend welchen Schichten der herrschenden Klasse.

Ist schon den Arbeitern beinahe bis zur Entrechtung das Wahlrecht durch das plutokratische Klassensystem verkürzt worden, so wirkt ein anderer Umstand noch weiter auf die Degradierung ihrer an sich so wie so schon kümmerlichen Rechte hin. Das ist die Wahlkreiseinteilung, die aus dem Jahre 1860 datiert. Nach dem damaligen Bevölkerungsstand hatten die Wahlkreise eine annähernd gleiche Einwohnerzahl. Seitdem hat sich durch das Wachstum der großen Städte und der Industriebezirke die Bevölkerung erheblich verschoben, so daß jetzt bei den Landtagswahlkreisen genau wie bei den Reichstagswahlkreisen in der Einwohnerzahl Klassenunterschiede zutage treten, die auf eine abermalige Beeinträchtigung der Rechte der städtischen Wähler hinauslaufen. Wie diese Bevölkerungsverchiebung gewirkt hat, mag an einigen Beispielen gezeigt werden. Dabei ist zu beachten, daß die Landtagswahlkreise meist auf die Wahl von zwei oder drei Abgeordneten zugeschnitten sind. Um einen richtigen Maßstab für den Vergleich zu gewinnen, sind deshalb in den folgenden Daten die Einwohnerzahlen und die Wählerzahlen der einzelnen Wahlkreise durch die Zahl ihrer Abgeordneten dividiert worden. Es entfielen demgemäß in den zehn größten Wahlkreisen auf je einen Abgeordneten:

	Einwohner	Urwähler
1. Berlin 3 (Norden)	374 475	89 796
2. Teltow, Charlottenburg etc.	844 253	84 823
3. Dortmund, Bochum etc.	323 647	67 696
4. Rastow, Braunsberg etc.	304 223	62 610
5. Essen, Duisburg etc.	264 250	56 659
6. Stadt Stettin	210 702	47 078
7. Berlin 4 (Osten)	207 051	54 015
8. Berlin 2 (Süden)	196 681	46 009
9. Kiel etc.	188 020	41 204
10. Stadt Köln	156 265	43 381

Dagegen entfielen in den zehn kleinsten Wahlkreisen auf je einen Abgeordneten:

	Einwohner	Urwähler
1. Hohenzollern	33 300	6491
2. Rorderrhein	57 515	8313
3. Frankenstein, Münsterberg	38 749	7619
4. Heiligenstadt, Worbis	39 663	7849
5. Segeberg	30 724	6954
6. Greifenberg, Rammrin	39 984	7605
7. Jork, Rethlingen	41 021	9150
8. Ederförde	42 041	8366
9. Wittlich, Berncastel	42 640	9596
10. Hünfeld, Weesfeld	43 347	8663

Aus einem Vergleich dieser Tabellen kann man sich leicht eine Vorstellung von der Wirkung der veralteten Wahlkreiseinteilung machen. So hat ein Wähler der Landschaft Hohenzollern einen 14mal so starken Einfluß auf die Zusammensetzung des Abgeordnetenhauses als ein Wähler von Nordberlin. Der Regierung und den herrschenden Parteien paßt diese Extrabegünstigung des flachen Landes gegenüber den großen Städten so trefflich in den Kram ihrer Interessenpolitik hinein, daß sie eben so wenig an eine gerechtere Neueinteilung der Wahlkreise denken wie an die Aufhebung des Dreiklassenwahlrechts überhaupt.

Den bisherigen Betrachtungen wurde die Wahlberechtigung zugrunde gelegt. Wie sieht es nun aber mit der Wahlbeteiligung, insbesondere mit dem Anteil der politischen Parteien an den Wahlergebnissen?

Das preussische Volk hat von Anfang an die Schmach der Aufkotzierung des Dreiklassenwahlrechts mit einer außerordentlich schwachen Wahlbeteiligung quittiert. Bei den Reichstagswahlen sind etwa 7% der Wähler durchschnittlich an die Urne gegangen. Die Schwankungen bei den einzelnen Wahlen sind gering. So stieg die Beteiligungsziffer von 68,43 Proz. im Jahre 1898 auf 75,49 Proz. im Jahre 1903 infolge der Postkämpfe. 1887 bei den Septennatswahlen war die Beteiligung noch stärker; da belief sie sich auf 77,35 Proz.

Dem gegenüber ist die Beteiligung bei den preussischen Landtagswahlen von jeher auffällig schwach gewesen. Am höchsten war sie in der Konfliktzeit der 60er Jahre, als die preussische Bourgeoisie einen schwächlichen Versuch machte, gegen den Stachel des Militarismus zu lösen. 1862 erschienen 34,3 Proz. der Wähler am Wahlort, und zwar von der ersten Klasse 61 Proz., von der zweiten Klasse 48 Proz., von der dritten Klasse 30,5 Proz. Die Gesamtbeteiligung sank dann nach der Kapitulation der oppositionellen Bourgeoisie vor dem Militarismus im Jahre 1867 auf 17,6 Proz. Sie stieg nur wenig bei den nächsten Wahlen: 1893 auf 18,40 Proz., 1898 auf 18,3 Proz. Erst die Beteiligung der Sozialdemokratie an den Wahlen von 1903 brachte eine Beteiligungsziffer von 23,62 Proz. zustande, und zwar in der ersten Klasse 49,24 Proz., in der zweiten Klasse 34,27 Proz. und in der dritten Klasse 21,18 Prozent. Das erreicht immer noch nicht auch nur annähernd die Beteiligung bei den Reichstagswahlen. Naturgemäß ist die Beteiligung in der dritten Klasse, der Klasse der Entrechteten, immer erheblich schwächer gewesen als in den bevorrechteten Klassen. Trotzdem ist in einzelnen Bezirkeabteilungen gerade der ersten Klasse wegen Nichtbeteiligung der Wähler überhaupt keine Wahl von Wahlmännern zustande gekommen. Im

Jahre 1903 passierte das in 762 Abteilungen, und zwar in 618 Abteilungen erster Klasse, in 87 Abteilungen zweiter Klasse und in 7 Abteilungen dritter Klasse. Selbst in Berlin, wo die Wahlbeteiligung etwas höher war, konnte in 24 Abteilungen erster Klasse keine Wahlmännerwahl vorgenommen werden, weil kein Wähler erschienen war.

Die Wahlen von 1903 haben nun dadurch ein besonderes Gesicht gewonnen, daß dabei zum ersten Male eine Beteiligung der Sozialdemokratie in größerem Maßstabe stattgefunden hat. Da die Sozialdemokratie die politische Interessenvertretung des Proletariats ist, rekrutieren sich ihre Anhänger vorzugsweise aus den unbemittelten Volksschichten, die in der dritten Wählerklasse zusammengepackt sind; nur ausnahmsweise erhält sie Zuwachs aus der bevorrechteten Wählerklasse und höchst selten natürlich kann sie in der ersten und zweiten Abteilung Wahlmannsfige erobert. Zuungunsten unserer Partei wirkt also dieses perfide System mit aller Schärfe. Wir haben eine große Anzahl von Wählern aufgebracht, beherrschen in einzelnen Wahlkreisen die dritte Klasse vollständig, unsere Kandidaten fielen aber bei der Abgeordnetenwahl gegen die Koalition der bürgerlichen Parteien durch. Aus folgenden Zahlen erhellt deutlich, wie sehr das preussische Dreiklassenwahlrecht die Volksmeinung fälscht:

Urwählerstimmen brachten 1903 in ganz Preußen auf:

	I. Kl.	II. Kl.	III. Kl.	zusammen in %
Konservative	33 029	69 509	231 019	324 157 19,89
Freikonservative	5 036	10 761	32 178	47 975 2,87
Nationalliberale	25 982	60 792	169 446	256 220 15,83
Freisinnige Vereinig.	1 065	3 052	11 118	15 235 1,00
Freisinnige Volkspart.	8 503	21 409	43 243	73 155 4,38
Zentrum	23 327	54 780	178 851	256 958 15,07
Sozialdemokraten	782	12 888	300 984	314 149 18,79

(Die übrigen Parteigruppen sind der Heberfälligkeit halber fortgelassen.)

Von der Gesamtzahl der in allen drei Klassen abgegebenen 1 671 613 Urwählerstimmen hatte also die Sozialdemokratie 18,79 Proz. erhalten. Entsprechend die Verteilung der Abgeordneten auf die einzelnen Parteien der Gesamtzahl der von den Parteien aufgetragenen Wählerstimmen, so mühten von den 433 preussischen Abgeordneten 81 der Sozialdemokratie zugefallen sein. In Wirklichkeit hat sie keinen einzigen Sitz erobert, weil die schwächeren bürgerlichen Parteien doch überall die größere Anzahl von Wahlmännern in der ersten und zweiten Klasse durchsetzten. In den Wahlen in Berlin kann man sehen, wie der Geldsack die Waagschale zu seinen Gunsten niederdrückt.

Es erhielten Wählerstimmen:

	die Sozialdemokratie	alle übrigen Parteien				
	I. Kl.	II. Kl.	III. Kl.	I. Kl.	II. Kl.	III. Kl.
Berlin 1 (Westen)	2	71	8995	811	2374	11704
Berlin 2 (Süden)	28	847	28928	925	2793	6515
Berlin 3 (Norden)	162	3045	50831	1732	5948	12771
Berlin 4 (Osten)	30	1047	26264	1050	3576	6090
Insgesamt	222	5010	116918	2518	14631	37080

Dagegen entfielen Wahlmänner auf:

	die Sozialdemokraten	die übrigen Parteien
Berlin 1 (Westen)	127	803
Berlin 2 (Süden)	487	910
Berlin 3 (Norden)	1100	1506
Berlin 4 (Osten)	530	996

Am auffälligsten tritt das Resultat in Berlin 3, unserem günstigsten Wahlkreise, hervor. Wir brachten da insgesamt in allen drei Abteilungen etwa 2 1/2mal so viel Stimmen an als die Gegner und blieben bei der Abgeordnetenwahl dennoch mit 1100 Wahlmannsstimmen um 406 Stimmen hinter den bürgerlichen Parteien zurück.

In einigen anderen Wahlkreisen, in denen die Sozialdemokratie ansehnliche Stimmengahlen erhielt, ergaben sich folgende Resultate:

Es erhielten

	Wahlmänner:	
	die Sozialdemokratie	anderen Parteien
Oberbarnim, Niederbarnim	327	1038
Teltow, Charlottenburg etc.	667	1845
Brandenburg	116	578
Stettin	139	578
Breslau	226	1300
Magdeburg	145	647
Altona	206	359
Stormarn	96	245
Linden bei Hannover	141	199
Bielefeld etc.	186	827
Dortmund, Bochum etc.	163	3165
Frankfurt a. M.	84	549
Solingen, Lemmer etc.	88	531
Essen, Duisburg etc.	127	2396

Wie sehr das Dreiklassenwahlrecht zuungunsten des Klassenbewußten Proletariats auf das Endergebnis der Abgeordnetenwahlen einwirkt, erhellt am deutlichsten aus einem Vergleich des Wahlausfalles bei den preussischen Reichstagswahlen 1903 und den kurz vorher vorgenommenen Landtagswahlen. Es ist in diesem Vergleich in Betracht zu ziehen, daß auf Preußen 236 Reichstagsabgeordnete entfielen, während es 433 Landtagsabgeordnete hat. Es ergab also 1903 in Preußen die Parteien Abgeordnete:

	für den Reichstag	für das preuß. Abgeordneten.
Konservative	48	143
Freikonservative	19	60
Nationalliberale	26	79
Freisinnige Vereinigung	6	8
Freisinnige Volkspartei	14	25
Zentrum	58	97
Polen	16	13
Antisemiten	10	0
Verschiedene	7	8
Sozialdemokraten	32	0
Zusammen	236	433

Der reaktionäre Charakter des Abgeordnetenhauses tritt in diesen Zahlen klar zutage. Die Konservativen, Freikonservativen und Nationalliberalen zusammen bilden dort eine entschiedene Mehrheit von 232 Stimmen, während im Reichstag von den preussischen Abgeordneten nur 83, also 35 weniger als die Hälfte zu diesen drei reaktionären Parteien gehören. Aus den anderen deutschen Staaten erhalten diese drei Parteien nur noch einen Zuwachs von 43 Stimmen, so daß sie mit insgesamt 126 Stimmen, um 73 Stimmen unter der Hälfte, in entschiedener Minderheit sich befinden.

So stellt sich das Dreiklassenwahlssystem in seinen Wirkungen dar als eine schmachliche Verhöhnung der großen Masse des Volkes. Es wird ihm als Recht ein Wahlsystem vorgegaukelt, das nur ein Trugspiel ist, eine taube Kuh, die verdient, sobald wie möglich auf den Schlachthausen der Geschichte geworfen zu werden.

Gutwillig werden die herrschenden Klassen sich nicht zur Abschaffung dieses schmachlichen Wahlrechts entschließen. Was Regierung und bürgerliche Parteien dem Volke unter dem Namen einer Wahlreform bieten, werden wir in einer besonderen Betrachtung erörtern. Auch das ist nichts als Blendwerk. Nur in dem eigenen Willen, in der eigenen Laibereitschaft hat das Volk die Gewähr für die Sicherung seines Anrechtes auf den vollen Einfluß im politischen Leben, der ihm auch in Preußen gebührt!

Das Marokko-Weißbuch.

Das offiziöse Telegraphenbureau bringt heute einen sechs Spalten langen Auszug aus den Dokumenten, die in dem Marokko-Weißbuch enthalten sind. Dieses selbst besteht aus einem Heft von 42 Seiten und enthält 27 Nummern. Es beginnt mit einer Wiederholung der englischen und französischen Zeitungsbearbeitungen, aus denen die in französischen Kreisen gegenüber Marokko gehegten Monopolwünsche hervorgingen und die andererseits beweisen sollen, daß sich der französische Gesandte in Fez auf ein Mandat Europas zur Durchföhrung der Reformen berufen habe. Da die Zeitungstimmen selbst nicht mitgeteilt werden, ist es uns unmöglich nachzuprüfen, ob ihr Inhalt wirklich richtig wiedergegeben ist.

Das erste amtliche Schriftstück, das mitgeteilt wird, ist ein Bericht des deutschen Konsuls Rassel in Fez vom 21. Februar 1905, in dem behauptet wird, daß der Sultan den Konsul gefragt habe, ob sich der französische Gesandte wirklich auf ein allgemeines Mandat berufen könne, eine Frage, die vom Konsul für Deutschland verneint worden sei. Am 21. April berichtet derselbe Konsul, daß der Sultan sehr empört darüber gewesen sei, daß Delcassé am 31. März im französischen Senat behauptet habe, die marokkanische Regierung habe die Ratsschlüsse Frankreichs erbeten und die Zusicherung gegeben, diese Ratsschlüsse zu befolgen. Das seien Unwahrheiten, wahr dagegen sei, daß der französische Botschafter Saint René Taillandier sich ihm selbst gegenüber als der Beauftragte Europas aufgespielt habe. Am 15. Mai berichtete der deutsche Gesandte Graf Tallendach, daß der französische Gesandte in Fez im Auftrage Delcassés erklärt habe, die französische Regierung würde es für eine Beeinträchtigung ihrer Interessen ansehen, wenn die französischen Reformvorschlüge den Signaturmächten zur Kenntnisnahme und Äußerung unterbreitet würden. Keiner anderen Macht stehe das Recht zu, in marokkanischen Angelegenheiten zu intervenieren. Die marokkanische Regierung habe sich den französischen Vorschlägen zu fügen. Daraufhin wandte sich am 22. Mai der Reichskanzler an den Botschafter in Paris mit der Instruktion, dem Minister Rouvier darzulegen, daß er unmöglich ein derartig stürmisches Vorgehen gegenüber Marokko billigen könne.

Weiter wird in dem Weißbuch eine Reihe von Aktenstücken über die Verhandlungen zwischen dem deutschen Botschafter in Paris und dem damaligen Minister des Auswärtigen, Delcassé, veröffentlicht. Auf die Beschwerde, daß Deutschland von dem englisch-französischen Vertrag keine offizielle Kenntnis erhalten habe, erwiderte Delcassé, daß ihm ein solcher Gedanke nicht gekommen sei, da ja der Vertrag selbst seinerzeit sofort der Öffentlichkeit übergeben worden sei. Von dem spanisch-französischen Vertrage habe er seinerzeit vor der Veröffentlichung dem Reichshofen Mitteilung zukommen lassen. Er habe geglaubt, durch die Mitteilung dieses aus dem englisch-französischen Abkommen entspringenden Vertrages alles nötige getan zu haben. Dieser Auffassung trat eine Instruktion Wilhoms an den deutschen Botschafter vom 1. Mai entgegen. Die deutsche Regierung habe eine offizielle und direkte Mitteilung nicht erhalten. Die Veröffentlichung des Vertrages im „Journal officiel“ genüge nicht, denn beide Arten der Bekanntgabe hätten einen grundverschiedenen Charakter: die direkte Mitteilung sei nicht ein bloßer Akt der Courtoisie, sondern eine Aufforderung, über den Inhalt des Vertrages in Erörterungen einzutreten. Die Veröffentlichung im französischen Amtsblatt dagegen stelle die unbefragten Mitinteressenten einfach vor die vollendete Tatsache.

Es folgen nunmehr zwei ausführliche Mitteilungen des Konsuls Rassel aus Fez über das französische Militärprogramm, wonach die marokkanische Armee vollständig unter französische Kontrolle gestellt werden sollte, sowie über die französische Finanzkontrolle, durch die eine vollständige Angliederung Marokkos an Frankreich durchgeführt werden sollte. Diese Forderungen Frankreichs bildeten dann den näheren Inhalt eines Meinungsaustausches zwischen der deutschen und der französischen Regierung. Deutschland protestiert bekanntlich gegen eine einseitige Begünstigung Frankreichs. Sowohl an der militärischen wie auch an der finanziellen Kontrolle müßten alle Nationen gleichmäßig beteiligt sein, jeder Signaturmacht müßte das Recht auf Behandlung als meistbegünstigte Nation zustehen, vor allen Dingen müßte auch eine größere Garantie der vollständigen Unabhängigkeit des Sultans geboten werden. Diese Fragen seien auf der einguberufenen internationalen Konferenz zu verhandeln. Bekanntlich hat dann auch Frankreich durch seine Erklärungen vom 8. Juli und vom 28. September in die Einberufung dieser Konferenz gewilligt.

Auch diese Aktenstücke des deutschen Weißbuchs beweisen wiederum, daß die deutsche Regierung zur Verhinderung des Konfliktes durch seine diplomatische sehr viel beigetragen hat. Der englisch-französischen Marokkovertrag wurde

bereits am 8. April 1904 veröffentlicht. Aus dieser Publikation ging hervor, daß Frankreich in Marokko gleiche Rechte eingeräumt werden sollten, wie sie England in Ägypten besitzt. Schon aus diesem Vertrag und den Umständen seines Abschlusses ging deutlich hervor, daß Frankreich in Marokko das Protektorat erstrebte. Ausdrücklich wurde in dem Vertrag auch betont, daß die Handelsfreiheit in Marokko für 30 Jahre garantiert werde. Am 5. Oktober desselben Jahres wurde dann der Vertrag zwischen Spanien und Frankreich publiziert, der ebenfalls keinen Zweifel darüber ließ, welche Rolle Frankreich in Marokko zu spielen gedachte. Wenn also Deutschland durch diese Verträge seine Rechte verlor und sich in seinen Interessen bedroht fühlte, so hätte sich sofort nach dem Bekanntwerden dieser Verträge Gelegenheiten geboten, in London und Paris vorstellig zu werden. Statt so zu verfahren und die Angelegenheit in ruhiger Weise zum Ausdruck zu bringen, legte sich die deutsche Regierung gewissermaßen in den Hinterhalt, um Frankreich erst in dem Augenblick Knäuel zwischen die Beine zu werfen, als es Anstrengungen machte, die mit England getroffenen Vereinbarungen in Marokko zu realisieren. Mit Recht konnte die französische Diplomatie annehmen, daß Deutschland gegen Frankreichs Pläne einzunehmen habe, da es bis dahin, also während einer Frist von 2 Jahren, keinerlei Einwendungen erhoben hatte. Die französische Regierung mußte sich also brüskiert fühlen, als Deutschland durch seine Beteuerung in Marokko den Sultan gegen die französischen Forderungen auffässig machte. Fürst Bülow hat im Reichstag erklärt, und auch das Weißbuch wiederholt ja diese Behauptung, daß Deutschland eine Veranlassung zum Einspruch gegen das französische Verfahren dadurch erhalten habe, daß sich der französische Geschäftsträger als Beauftragter ganz Europas, also auch Deutschlands, aufgespielt habe. Bekanntlich aber hatte, wie aus dem französischen Selbstbuch über die Marokko-Angelegenheit hervorgeht, der französische Gesandte in Fez energisch bestritten, daß er sich auf ein angebliches europäisches Mandat berufen habe. Es ist in der Tat auch ebenso möglich, daß der Sultan von Marokko in diesem diplomatischen Intrigenpiel die Unwahrheit gesagt hat. Jedenfalls aber ist diese Motivierung Bülows krompschaft an den Haaren herbeigezogen. Der Reichskanzler wird sich niemals von dem Vorwurf reinigen können, daß er durch eine sträfliche Verschleppung der Angelegenheit und durch einen unvermuteten Heberfall die französische Diplomatie schwer gereizt hat. Vollends provozierend wirkte die bekannte Kaiserreise nach Tanger. Bekanntlich erklärte der Kaiser am 31. März ostentativ, daß er den Sultan als unabhängigen Herrscher besuche und hoffe, daß unter der Herrschaft des Sultans ein freies Marokko der friedlichen Konkurrenz aller Nationen ohne Monopol und Ausschließungen eröffnet werden würde. Statt also auf dem Wege diplomatischer Auseinandersetzungen ein Einverständnis zu erzielen, erklärte einfach der deutsche Kaiser das englisch-französische Abkommen kurzgehand vor aller Welt als null und nichtig! Die Folge dieses Vorgehens war dem auch, daß der französische Minister des Auswärtigen, Herr Delcassé, den abenteuerlichen Plan sahnte, durch ein Bündnis mit England Deutschland die Spitze zu bieten und es möglicherweise zu einem Kriege zwischen den drei Nationen kommen zu lassen. Das Ministerium Rouvier war dann freilich vernünftig genug, sich auf ein solch risikoloses ba banque-Spiel nicht einzulassen, vielmehr Herr Delcassé schleunigst über die Künge springen zu lassen.

Das deutsche Weißbuch vermag also die schweren Fehler der deutschen Diplomatie in keiner Weise in milderen Lichte erscheinen zu lassen; die altemmähliche Darstellung des ganzen Konfliktes durch die deutsche und französische Regierung beweist vielmehr, zu welsch verhängnisvollen Konsequenzen eine Diplomatie zu führen vermag, die von einigen wenigen Personen gemacht wird. Hätte Herr Delcassé sich nicht in eine Art Größenwahn hineingelebt und gewähnt, für seine eigene Person Weltgeschichte machen zu können, hätte vielmehr die französische Nation an der auswärtigen Politik teilgenommen, so wäre wohl von vornherein auch Deutschland in der Marokko-Angelegenheit gebürt worden. Andererseits würde eine Kontrolle der deutschen auswärtigen Politik die Regierung gezwungen haben, von vornherein eine andere Politik einzuschlagen und sich jeder überflüssigen Provokation Frankreichs zu enthalten. Der ganze Fall lehrt also wiederum, welche Gefahren für den Völkfrieden aus der Geheimnisträumerei und dem isolierten Ränkepiel einer eklusiven Diplomatie erwachsen müssen. Das Volk sowohl Frankreichs wie Deutschlands fordert deshalb mit vollem Zug, daß auch es bei jeder Aktion der auswärtigen Politik gehört wird. Mögen sich auch die dergestaltigen politischen Nachbaber noch so sehr gegen diese ganz selbstverständliche Forderung sträuben: das Proletariat wird sich auch dieses Recht zu erkämpfen wissen!

Zu den Nachhabern, die sich für die Marokko-Konferenz „interessieren“, kommt nun noch der P a p s t hinzu, der — eben so wie bei der Madrider Konferenz 1880 — sich an Oesterreich-Ungarn und an Spanien mit der Aufforderung wendet, in Algerias — Religionsfreiheit für Marokko zu fordern! Zum Dank für die Gewährung seiner Bitte will er das im Jahre 1830 aufgehobene Bischofstum Fez neu errichten.

Auch Rußland rührt sich: Es wies sich nach einem Bericht der „Tribuna“ auf der Konferenz durch den Grafen Cassini vertreten lassen. Einweilen ist Witte von einem Vertreter der Petersburger Telegraphen-Agentur interviewt worden über die Frage, ob Kompensationen im Anschluß an die Verhandlungen von Algerias zu befüworten seien. Graf Witte meinte, Deutschlands Friedensliebe sei ihm Vürgschaft für einen guten Verlauf der Konferenz. Seiner Meinung nach betreibe die Austreibung gegenseitiger Befürchtungen auf einem schlaun Plane von Börsenleuten, die auf Waise spekulieren!

Auch die Vereinigten Staaten bemühen sich, von vornherein einen guten Boden für die Verhandlungen zu schaffen. Sie lassen schleunigst alle Gerüchte dementieren, die dahingingen, daß Amerika in Algerias auf seine Macht pochen wolle. Davon aber, daß die Vereinigten Staaten darauf verzicht n wollen, 4 Kriegsschiffe in die Nähe von Algerias zu entsenden, verläutet bis zur Stunde nichts. So ist es denn kein Wunder, daß sich das Gerücht verbreiten konnte, auch Deutschland brachsigge — gleich den anderen Großmächten — ein Kreuzergeschwader dorthin zu schicken. Dieses Gerücht wird von der „Näch. Zig.“ energisch dementiert. Sie sagt, es sei „schwer ersichtlich, welchen Grund Deutschland haben könnte, bei Algerias oder dessen Umgebung seine Flagge zu zeigen.“

Ganz unsere Meinung. Wenn andere Staaten Dummheiten begehen, so braucht sie Deutschland noch lange nicht mit- oder nachzumachen. Erst kürzlich, aus Anlaß der internationalen Flotten-demonstration gegen die Türkei, hat es sich gezeigt, daß Deutschland durch seine Nichtentsendung von Schiffen am weisesten gehandelt hat. Hoffen wir, daß es sich diese gute Lehre zu allseitigem Nutzen ein für allemal zu Herzen nimmt.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 8. Januar.

Der Reichstag.

der am 15. Dezember in die Ferien gegangen war, tritt am heutigen Dienstag wieder zusammen. Eine erdrückende Fülle von Arbeit harret der Abgeordneten, die da kommen — sollen und von denen

ein großer Teil nicht zu kommen pflegt! Unter dem Eindruck dieser beschämenden Tatsache hören wir denn die Wälder fast aller politischen Richtungen am Vorabend des Wiederzukunftens des Reichstages um den Strohhalm der Diätenbewilligung wipeln, von der sie eine Reformation an Haupt und Gliedern erhoffen.

Wichtiger als diese für unsere Partei bekanntlich nebensächliche Frage ist das Arbeitspensum, das der Abgeordneten harret. Der Reichstag beghint mit der ersten Lesung der Steuergesetze, an denen er gut eine Woche zu arbeiten haben wird. Es werden im Plenum folgen: die zwei Nachtragsetats für unsere herrlichen Kolonien, der Gesetzentwurf über die Quartierkostengelder, das Gesetz über den Unterfügungswohnfiß, der Entwurf über die Einföhrung des Befähigungsnachweises im Baugewerbe usw.

Die Hauptarbeit, das Budget, geht in zwei bis drei Tagen an die Kommission, die — wie schon früher auch — sich von der Fülle des Materials erdrückt sehen wird, so daß sich überhaupt nicht absehen läßt, wann der Etat — reguläre Erlebung vorausgesetzt! — dem Plenum zur dritten Lesung unterbreitet werden kann.

Die Plattenfrage, die neu geplanten direkten und indirekten Steuern werden eben in allen drei Lesungen so viel Beratungsstoff bieten, daß nach alter, schlechter Gewohnheit dem Hause für seine Anregungen, die Initiativanträge, wieder wenig oder fast gar keine Zeit verbleiben dürfte.

Die sozialdemokratische Fraktion muß sich nach allem auf eine überaus anstrengende Session, aber reich an Arbeit, gefaßt machen.

Ein Dementi und seine Folgen.

Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ schrieb dieser Tage: „Zum Personenwechsel im Großen Generalstab wird in der Presse folgendes kolportiert: Der jetzige Chef habe die Berufung auf seinen Posten zuerz erdrückt abgelehnt mit der Begründung, daß er sich den Aufgaben dieses Amtes ganz und gar nicht gewachsen fühle. Se. Majestät der Kaiser habe ihm darüber mit dem Hinweis beruhigt, daß er selbst ihm wirksam zur Seite stehen werde. „Im Reuege“, so habe Se. Majestät bemerkt, „bin ich mein eigener Generalstabschef, und das höchsten Friedensarbeit müßten Sie doch bewältigen können.“ Wir sind er-mächtigt, festzustellen, daß es sich bei dieser Kolportage von A bis Z um groteske Erfindungen handelt.“

Es ist erbaulich, die Äußerungen zu lesen, die daraufhin die Presse bringt. Die „Staatsbürger-Zeitung“ heult und weint nach der Melodie: „Ich will's ja nie wieder tun.“ Sie jammert: man sei so gemein gewesen, gerade ihr die betreffende „groteske Erfindung“ zu entnehmen, anstatt eine sämtlichen (?) Zeitungen zugehende Korrespondenz als Quelle zu bezeichnen. Der unschuldige, staatsbürgerliche, geprügelte Einzelgänger!

Somit liest man meist recht erbauliche Glossen zum Dementi. So nimmt sogar der „Reichsbote“ die uns gewordene Beleh rung nicht kritisch hin, sondern er sagt:

„Hoffentlich entspricht dieses erwünschte Dementi wirklich den Tatsachen, denn das Amt des Chefs des Generalstabes ist so wichtig, daß es in die Hand des tüchtigsten Offiziers gehört.“

Sodann das „Berliner Tageblatt“:

„Ueber die Befähigung des Grafen Rolke für seinen eminent wichtigen Posten wird mit dieser Nichtigstellung natür-nichs bewiesen.“

Und die „Freie Deutsche Presse“ meint gar:

„Durch dieses Dementi wird im besten Falle nur dargetan, daß sich Graf Rolke für einen jährigen Generalstabschef hält aber nicht, daß er einer ist.“

Selbst die „Morgenpost“ lehrt:

„Erfinden mag es schon sein, aber — gar nicht schlecht er-funden!“

Wider drückt sich dagegen die — „Berliner Volks-Zeitung“ aus: „Barum die Erfindung so „grotesk“ sein soll, vermögen wir nicht einzusehen. Es gereicht keinem Menschen zur Schande, wenn er erklärt, er halte sich nicht für ein so schwieriges und ver-antwortliches Amt geeignet.“

Und die „Vossische Zeitung“ schreibt ausföhrlicher: „Diese offiziöse Erklärung wird die größte Ueberraschung erregen, vermutlich in Offizierskreisen die größte. Die Note be-zieht sich nicht nur auf die von uns nicht wiedergegebene Äuße-rung des Kaisers über das „höchsten Friedensarbeit“, ein Wort, das er sicherlich nicht gesprochen hat, sondern auch auf die Be-hauptung, daß Graf Rolke zuerz das ihm angetragene Amt ab-gelehnt habe, weil er sich ihm nicht gewachsen fühle. Dieser Teil der offiziösen Ablehnung wird kaum irgendwo Glauben finden. Hebrigen wissen vielleicht auch die Kreise, von denen die „Nord. Allg. Zig.“ ihre „Ermächtigung“ erhalten hat, welche hübschen Bismarcke über das Generalstabsgebäude schon seit Jahr und Tag, seit dem ersten Gerücht, daß Graf Rolke zum Chef aus-ersehen sei, umgingen. Schließlich jedoch ist nicht die Hauptsache, ob dieses oder jenes Wort gefallen ist, sondern ob Graf Rolke der beste Mann im deutschen Heere ist, der für das wichtigste und verantwortungschwerste Amt gefunden werden konnte. Wir wollen wünschen, daß die Tatsachen denen Anrede geben mögen, die daran zweifeln.“

Am schärfsten haut die „Rheinisch-Westfälische Zeitung“ zu, indem sie sagt:

„Man mögen die Väter des Gerüchts sprechen, das uns übrigens gar nicht „grotesk“ angewieit hat, daß sich vielmehr harmonisch in den „Neuen Kurs“ einfügen ließ.“

Wir können dies Lohwobohu behaglich beschämen in der Hoff-nung, uns noch recht oft an solchen Folgen von Regierungsdementis zu erlaben.

Deutsches Reich.

Zentrumsdachser.

Eine höchst interessante Charakteristik der Schacherpolitik des Zentrums liefert die „Kreuz-Zig.“ in der Besprechung einer Aus-laffung der alljährlichen „Germania“ über die Stellung des Zentrums zur Reichsfinanzreform. Das Aropatschische Blatt schreibt:

„In der Presse hat während der abgelaufenen Woche die Be-sprechung der Reichsfinanzreform und des Schuldenreduktions-gesetzes einen sehr breiten Raum eingenommen. Auffallend ist in bezug auf die erstere eine Kundgebung, welche die „Germania“ veröffentlicht und die ihr von parlamentarischer Seite zugegangen ist. Wenn sie die Stimmung der Zentrumspartei richtig wiedergabe, so wären die Aussichten für das Zustandekommen der Finanz-reform durchaus nicht so trübe, wie vielfach angenommen wird. Denn in ihr wird der Wert der Zölle und der Ab-gaben auf Gegenstände des Massenverbrauches offen zugegeben und auch anerkannt, daß die Ab-gaben nicht in ihrer vollen Höhe auf die Gehaltungs der Einzel-preises für den Verbraucher wirken. Im Zusammenhang damit wird gezeigt, wie schwierig es ist, die durchsichtliche tarifliche Belastung des einzelnen durch die indirekten Abgaben zahlenmäßig darzulegen. Auch wird dargelegt, daß die indirekten Abgaben des Reiches durch direkte Steuern in den Einzelstaaten und den ihnen unter-geordneten Kommunalverbänden eine Er-gänzung finden, daß also ein weitgehender Ausgleich zwischen beiden Arten der Steuern schon jetzt stattfindet. Auf dieses Zustandnis folgt nun zwar unermittelt der Satz, daß noch eine weitere Entlastung der Schwachen erforderlich und deshalb nach Steuern zu suchen sei, welche die Be-fügten mit höherem Einkommen in erster Linie treffen würden. Inbessan dieser Satz bedeutet, wie die weiteren Aus-föhrungen, doch nur eine façon de parler. Denn gegen die Erhöhung der Biersteuer und der Tabak-

Steuer sowie gegen die Besteuerung der Frachtbriefe und der Eisenbahnkarten zeigt der Parlamentarier, der sich in der „Germania“ äußert, nicht die gleiche grundsätzliche Abneigung, wie sie die Zentrumspartei im Reichstage bekundet haben. Demnach unterscheidet er sich auch dadurch, daß er die Ausdehnung der Erbschaftsteuer auf die Abkömmlinge des Erblassers nicht unbedingt verlangt, vielmehr außer diesen — abweichend von der Vorlage der verbündeten Regierungen — sogar die Eltern, Großeltern usw. von der Steuer freilassen will.

Kun ist diesem zwar die „Kölnische Volksstimme“ sofort mit der Behauptung entgegengetreten, daß es sich bei der nur um Ansichten eines einzelnen Parlamentariärs handle, daß sie also nicht als Ausdruck der Stimmung in der Zentrumspartei gelten könne. Das mag richtig sein. Immerhin ist die Kundgebung nicht ohne Bedeutung, denn sie läßt die Hoffnung nicht völlig ausgeschlossen erscheinen, daß auch im Zentrum die Meinung, eine Verständigung mit den verbündeten Regierungen zu suchen, allmählich an Boden gewinnen wird.

Auch die „Kreuz-Ztg.“, deren Hintermänner mit dem „katholischen Großgrundbesitz“ enge Fühlung haben, rechnet also mit der Nachgiebigkeit der Zentrumsfaktion des Reichstages in der Frage der Reichsfinanzreform, richtiger: Reichssteuervermehrung — denn auf etwas anderes laufen die Stengelschen Projekte nicht hinaus. Und das Blatt der Kanige dürfte sich bei dieser Kalkulation kaum irren. Zwar eifert vorläufig die kleine katholische Presse in Rücksicht auf die Anhänger der Zentrumspartei in der Arbeiterkategorie und den Kleinbürgerlichen Kreisen noch gegen die „Belastung des notwendigen Konsums“; aber der Begriff des „notwendigen Konsums“ hat sich in den letzten Wochen schon recht bedenklich in den Kopfschlägern verengert, und er wird umso mehr zusammenzusinken, je näher die Entscheidung über die Stengelschen Finanzvorlagen heranrückt. Bisher haben bei einem Konflikt zwischen den Interessen der verschiedenen Teile der Zentrumsanhänger noch immer — die Zolltarifkämpfe liefern dafür den unumstößlichen Beweis — die Interessen des katholischen Großgrundbesitzes und des in Amt und Würden stehenden höheren Klerus das Wort gesprochen, und sie werden auch diesmal obliegen.

Verkehrsteuern.

Die vom Reichsschatzamt vorgeschlagenen Änderungen der Reichssteuerordnung stößen in der Geschäftswelt auf starken Widerspruch. Besonders die geplanten Stempelabgaben auf Paketadressen und Briefumschläge werden als unzulässig angesehen.

Jedes Paket, dessen Inhalt die Höhe von 50 Pf. erreicht, soll ein Stempelabgabe von 1 Pf. für jedes Paket, für das 50 Pf. über mehr zu bezahlen sind, eine Stempelgebühr von 10 Pf. erheben.

Jede Postanweisung über 10 Pf. hinaus eine Stempelgebühr von 10 Pf., wobei die Postanweisungen nach dem Auslande im Hinblick auf die jede Steuerbelastung ausfallende internationale Uebereinkunft über den Postverkehrsverkehr vom 15. Januar 1897 stempelfrei bleiben sollen.

Nach der Berechnung der Regierungsvorlage, die sich auf die Postverkehrsstatistik für 1903 stützt, wird sich der beiden Abgaben zu erwartende Ertrag auf 25,6 Millionen Mark jährlich stellen, und trägt hierzu die Steuer auf Pakete 17,6, die Steuer auf Postanweisungen 8 Millionen Mark bei. Da ohnehin die Post seit Jahren einen durchschnittlichen jährlichen Ueberschuß von 50 Millionen Mark liefert, würde nach Einführung dieser beiden Verkehrssteuern der Reichsschatz alljährlich 75—80 Millionen Mark aus dem Postbetriebe erhalten.

Die kleine Geschäftswelt ist über diese Ausnutzung einer Institution, die der Entwicklung des wirtschaftlichen Lebens dienen soll, zu rein fiskalischen Zwecken höchst erbost — und mit Recht. Aber zu einem wesentlichen Teil trägt sie selbst die Schuld an den Stengelschen Steuerprojekten; denn gerade in ihren Kreisen findet die Welt- und Flottenpolitik kräftige Unterstützung; und doch mußte sie sich in Anbetracht der bekannten „Uneigennützigkeit“ unserer herrschenden Klassen und ihres Einflusses auf die Regierung von vornherein sagen, daß die Kosten dieser Politik in Deutschland nicht von denen übernommen werden würden, die von ihr den Vorteil haben, sondern daß man versuchen werde, sie als „patriotische Pflicht“ den ärmeren Volksschichten aufzubürden.

Die Nationalliberalen und das Volksschulunterhaltungsgesetz.

Die rheinischen Nationalliberalen haben gestern in Koblenz einen Delegiertentag abgehalten, auf dem der Abgeordnete Schiffer ein Referat über den Schulgesetzentwurf hielt. Eine vom Vorstand beantragte Resolution, in welcher der nationalliberalen Fraktion des Abgeordnetenhauses der Dank für ihr Verhalten ausgesprochen wurde, lehnte die Versammlung ab und nahm dafür folgende Resolution an:

Der rheinische Delegiertentag der nationalliberalen Partei hat dem Vortrage des Abg. Schiffer der nationalliberalen Fraktion des Abgeordnetenhauses für ihre bisherigen Bemühungen, bei dem Schulgesetz die von dem Zentralvorstand und dem Delegiertentag eingenommene Stellung zur Geltung zu bringen, seinen Dank ausgesprochen. Der Delegiertentag hebt aber auch gegen den vorliegenden Entwurf zu Uebereinstimmung mit dem Referenten schwere Bedenken an. Insbesondere verwirft er die Uebertragung der Schulverwaltung in den ländlichen Schulvorständen an den Ortschulinspektoren und die beschriebene Zusammenziehung der Schuldeputationen und Schulvorstände, wodurch die Geistlichkeit in unzulässiger Weise geehrt wird, die Möglichkeit anderer Männer und der Frauen aber zu sehr beschränkt wird.

Der Delegiertentag beanstandet die Bestimmungen über die Verminderung der Gemeinderichte in bezug auf die Wahl und Berufung der Lehrer und Direktoren wie auch die über die Verfügung über das Schulvermögen.

Der Delegiertentag spricht die bestimmte Erwartung aus, daß es der nationalliberalen Fraktion gelingen wird, in diesen Punkten annehmbare Änderungen herbeizuführen und, festhaltend an der Forderung der baldigen Einführung weltlicher Aufsicht, die Entwicklung der Freiheit der Simultanschule in grundsätzlicher Gleichberechtigung mit der konfessionellen Schule im Gesetz zu sichern.

Die Resolution zeigt von echt nationalliberalem Geiste und hat daher für denkende Menschen nur wenig Wert. „Bedenken“ hat ja die nationalliberale Partei stets gegen reaktionäre Gesetze; aber die Nachsichtigkeit solcher Bedenken geben fast nie so weit, daß ihre Fraktion im Parlament gegen jene Gesetze stimmt.

Agarische Viehkarität.

Das völlige Verlangen der landwirtschaftlichen Zentralen für Viehversicherung ist bekannt. Die Preisbelegungen Poddoloffs sind milder. — Den schlimmsten Meinsal haben aber kürzlich die Agrarier im Rheinlande erlebt. Der Landrat des Kreises Düren, der neue Präsident der Landwirtschaftskammer für Rheinpreußen, Herr v. Braunig, hatte in der Lokaldeputation des landwirtschaftlichen Vereins zu Düren von einer Viehversicherung berichtet, wonach im Kreise Düren zurzeit an schlagtreifen Vieh vorhanden sei: 2700 Schweine, 1624 Stück Rindvieh, 407 Kühe und 478 Schafe. Daraufhin beschloß eine von seiner Regierung zu Aachen veranstaltete Konferenz interessierter Kreise, dieses Viehreiche Gebiet durch eine unparteiische Kommission berechnen zu lassen. In die Kommission wählte man zwei Schlächtermeister, zwei Mittergutsbesitzer und den Aachener Schlachthofdirektor.

Die Kommission hat jetzt einen für die Agrarier und ihre Handlanger geradezu niederschmetternden Bericht veröffentlicht. Sie hat

eine ganze Reihe von Ortschaften und Höfen des Kreises Düren besucht, aber sie hat nur wenige schlagtreife Tiere laufen können. Nach Ansicht der Kommission ist „der ganze Kreis Düren augenblicklich nicht in der Lage, die Stadt Aachen auch nur für einen einzigen Tag mit schlagtreifem Vieh ausreichend zu versorgen.“ Und die Kommission der Aachener Schweinezuchtgenossenschaft, die von dem Vertrauensmann der Lokaldeputation Düren des landwirtschaftlichen Vereins geführt wurde und diesem die Referate zu bestimmen überlassen hatte, berichtet, daß sie vierzehn Orte des Kreises besucht hat. In allen diesen Orten wurde kein einziges Schwein zum Verkauf gestellt, weil von den vorgefundenen ganzen zwanzig schlagtreifen Schweinen — der Landrat hatte von 2700 Stück geredet — die meisten für den eigenen Bedarf bestimmt, die anderen teils verkauft, teils zugelegt waren. Selbst der agrarische Vertrauensmann versprach sich von der Fortsetzung der Reise nichts, weil man die Viehreichste Gegend und die mit den höchsten Zahlen ausgeführten Ortschaften ausgekostet hatte.

Zum Schlusse erklärt es die Kommission als „höchst bedauerlich“, daß die Vertreter der Landwirtschaft ein Zahlenmaterial vorbringen, das nicht den geringsten Anspruch auf Richtigkeit hat.

Kreuz-Zeitungs-Patriotismus.

Die „Kreuz-Ztg.“ füllt sich durch die vom Pariser Schwurgericht im fogen. Antimilitaristenprozess gefällten Urteile hochbefriedigt. Besonders frohlockt sie über die Verurteilung des Genossen Hervé zu vier Jahren Gefängnis. Wäre das Blatt tatsächlich so besorgt um Deutschlands Sicherung gegen französische Angriffe und Franzosenzettelungen, wie es sich in den vergangenen Tagen des Marokkoschwandels stellte, würde seine Politik wirklich, wie es behauptet, durch die Erhaltung der jetzigen militärischen Machtstellung des Deutschen Reiches in Europa bestimmt, es müßte die Agitation französischer Sozialisten und Friedensfreunde gegen die französischen Rüstungen und die Umtriebe der chauvinistischen Nebendepolitiker aus vollem Herzen willkommen heißen. Inbes dient dem ehrsamem Organ, wie sein ganzer vorgebildeter Patriotismus, so auch seine Berufung auf die Sicherung Deutschlands gegen fremde Angriffe nur zur Verhüllung der von den niedrigsten Motiven diktierten Interessenpolitik seiner Hintermänner. Weit mehr als auf die fogen. Sicherung kommt es dem Krautpunktum auf die Erhöhung des Präsenzstandes des deutschen Heeres an — erstens weil dadurch zugleich auch der militärische Geist Preußen-Deutschlands gestärkt wird, und zweitens weil sich dadurch dem Offizierkorps, zu dem die von der „Kreuz-Zeitung“ vertretenen „Besten und Besten der Nation“ das Hauptkontingent stellen, die Gelegenheit zu schnellerem Avancement bietet. Die stetige Vermehrung des Präsenzstandes läßt sich aber weit schlechter begründen und durchführen, wenn in Frankreich die Nebendepolitik abhandelt, als wenn die volkseindliche Presse vom Schlage der „Kreuz-Ztg.“ mit diesem Popanz zu agieren vermag.

Daneben spielt noch ein anderes Motiv für die Scribbelage der „Kreuz-Ztg.“ mit: die Einbildung, daß durch derartige dralonische Urteile, wie sie das Pariser Schwurgericht fällt, die Entwicklung der Sozialdemokratie gehindert wird — mahnt doch das Blatt die deutsche Regierung gleichfalls zum Schluß zu kommen, „daß sie gegen die ausgesprochen vaterlandsverräterische Propaganda der Sozialdemokratie keineswegs ohnmächtig ist.“

Gegen die Steuerpläne der Regierung.

Auf Veranlassung des Deutschen Tabakvereins tagte am Sonnabend in Köln eine zahlreich besuchte Versammlung von Interessenten aus dem Rheinland, der Provinz Hessen-Kassel und dem Großherzogtum Hessen. Als Referent trat der Syndikus der Handelskammer in Offenbach a. M. auf. Er schilderte die Gefahr, die der Tabakindustrie durch die neuen Steuerpläne droht. Der Konsum werde bedeutend zurückgehen. Bezüglich der Abfindung mit den geplanten Steuern habe man zuerst an Sparmaßregeln in der Fabrikation gedacht, aber gefunden, daß die Verbraucher großen Wert auf die Ausstattung legen. In Berücksichtigung der Nothabgabe sei nicht zu denken, weil der größte Abnehmer, Amerika, hohe Preise zahle, wodurch man gezwungen sei, ebenfalls solche Preise anzulegen. Es bleibe daher nur übrig, an den Akkordlöhnen zu sparen.

In einer einstimmig angenommenen Resolution heißt es u. a.: „Der Entwurf eines Gesetzes wegen Änderung des Tabaksteuergesetzes kann dem deutschen Tabakbau auf die Dauer keinen Nutzen bringen, weil geeigneter Boden für eine Erweiterung des Anbaues nicht vorhanden ist, dieser also nur auf Kosten der Qualität stattfinden könnte. Die Erhöhung des Zollschutzes und die vorgeschlagene Mehrbelastung des Tabaks würde aber die Herstellung von Tabakfabrikaten, die gegenüber dem Werte einer deutschen Tabakernte im zehnjährigen Durchschnittsbetrage von 17 1/2 Millionen Mark jährlich für rund 400 Millionen Mark Werte erzeugt, empfindlich schädigen. Die für die Rauch-, Kau- und Schnupftabakfabrikation vorgezeichnete Mehrbelastung würde, wenn sie auch geringer als diejenige für die Zigarren- und die Zigarettenindustrie bemessen ist, namentlich für die seit der Steuererhöhung von 1879 stark zurückgegangene Rauchtabak- und Schnupftabakfabrikation eine geradezu ruinöse Wirkung haben. Die Erhöhung der Spannung zwischen der Steuer auf inländischen und dem Zoll auf ausländischen Tabak würde für die Zigarettenindustrie große Verschiebungen in der Fabrikation von Nord- und Mitteldeutschland nach Süddeutschland, und die vorgesehene Mehrbelastung einen schweren Rückschlag für dieselbe mit sich bringen.“

Am Sonntag nahmen die Brauereiarbeiter in Köln in einer zahlreich besuchten Versammlung einstimmig Stellung gegen die geplante Erhöhung der Biersteuer.

Protestversammlung der Gastwirte Deutschlands.

Zur Protesterhebung gegen die Brausteuer war für heute nachmittag eine Versammlung der Gastwirte Deutschlands nach dem in der Hasenheide belegenen Etablissement „Neue Welt“ einberufen. Erschienen waren Delegierte von Gastwirteverbänden aus allen Teilen Deutschlands. Der Vorsitzende des Deutschen Gastwirteverbandes, Anton Ringel (Berlin), der die Versammlung leitete, eröffnete sie mit Worten der Begrüßung und bemerkte: Die Gastwirte seien in erster Reihe verpflichtet, gegen die Brausteuer Protest zu erheben, da diese Steuer in der Hauptsache den Gastwirten auferlegt werden solle. Die Gastwirte seien ohnedies mit allen möglichen Steuern so sehr belastet, daß sie unmöglich die Brausteuer noch tragen könnten. Sie seien gern bereit, wenn im Interesse des deutschen Vaterlandes eine starke Flotte notwendig sei, ihr Scherstein dazu beizutragen. Wenn die Reichsregierung hierfür eine allgemeine Reichsteuer eingehoben hätte, die alle Staatsbürger gleichmäßig treffe, so hätten die Gastwirte nichts einzuwenden. Die Brausteuer sei aber eine einseitige Steuer, die geeignet sei, den großen Stand der Gastwirte wirtschaftlich zugrunde zu richten.

Nach längerer Debatte wurde schließlich folgende Resolution angenommen:

„Die am 8. Januar 1906 im großen Festsaale der „Neuen Welt“ versammelten 4000 Vertreter des Gastwirteverbandes, an welcher die Abgeordneten sämtlicher deutscher Gastwirteverbände aus allen Teilen des Deutschen Reiches teilgenommen haben, erklären, die von der Regierung geplante Erhöhung der Biersteuer ist eine so ungeheure Belastung unseres Wirtschaftslebens, daß mit ihrer Annahme nicht nur das Brauerverbe, sondern auch das

Brauerverbe und alle damit in Verbindung stehenden Berufe der wirtschaftlichen Vereinigung preisgegeben sein würden. Schon heute ist das Biergewerbe mit Steuern in einer Weise überlastet, daß es durch eine weitere Besteuerung dem sicheren Ruin entgegengeführt werden würde. Sollte aber wirklich eine neue Belastung des Biergenusses eintreten, so würde das Biergewerbe genötigt sein, die Mehrkosten auf das Publikum abzuwälzen, welche um so drückender gerade auf die minderbemittelten wirken würden, als es sich hier um einen Konsumartikel für die breitesten Volksschichten handelt. Die Gastwirte sind gern bereit, ihren Anteil an den Lasten unserer nationalen Wohlfahrt und unserer Mehrkraft beizutragen, aber sie verwahren sich gegen jede weitere Sonderbelastung. Die Versammlung ernimmt ein Aktionskomitee mit der Aufgabe, mit allen gesetzlichen Mitteln diese drohende Belastung von dem Bierstande abzuwehren. Sie hat das Vertrauen zu der Weisheit des Reichstages, daß er einmütig die Zustimmung, eine so hohe Steuerlast einem wirtschaftlich auf schwachen Füßen stehenden Beruf aufzubürden, ablehnen wird.“

Darauf schloß die Versammlung.

Ein Opfer der „heiligen Ordnung“.

Bei der letzten Eisenacher Reichstags-Stichwahl befürchtete die wohlwollende Polizei in ihrer väterlichen Sorge um das Wohl der Lutherstadt, daß es zu Unruhestörungen kommen könnte. Sie postierte deshalb vor dem antiken Wahlbureau eine größere Anzahl Gendarmen, um die „heilige Ordnung“ gegen hinterlistige Umtriebe zu schützen. Dieses Aufgebot von Ordnungswächtern löste jedoch erst recht viele Reuerige an, so daß sich alsbald vor dem Lokale eine große Menschenmenge einfand. Um sie zum Fortgehen zu bewegen, ließ die Polizeiverwaltung in die Menschenmasse springen. Ein Arbeiter, namens Gimmeler, der seiner Organisation angehört, geriet über diese weiten polizeilichen Maßnahmen in ganz besondere Entrüstung und schimpfte wüthend über die Wohlthätigkeit. Wegen Landfriedensbruchs und Aufruhrs angeklagt, wurde er am Freitag von der Strafkammer in Eisenach zu 4 1/2 Monaten Gefängnis verurteilt — natürlich von Rechts wegen!

Wegen „Schiffhut und Degen“ scheint es im Nürnberger Rathaus einen kleinen Krieg geben zu wollen. Des ersten Bürgermeisters poetisch-romantisches Gemüt hat es als mißlich empfunden, daß bei Festschmüssen die Stadtväter einfach im schwarzen Rock und Zylinder einherstolzieren müssen, statt in mittelalterlicher Plastracht. Er hat deshalb, da bei der diesjährigen Landesausstellung wieder Festschmüsse in Aussicht stehen, in gemeinsamer Sitzung des Magistrats einen Beschluß durchgesetzt, wonach die händlichen Vertreter für festliche Gelegenheiten eine „Repräsentationsuniform“ nebst Schiffhut und Degen tragen sollen. Naum wurde jedoch der Beschluß bekannt, als das freisinnige Rathausorgan, dessen Redakteur Gemeindebevollmächtigter ist, scharf dagegen Stellung nahm und die Gemeindebevollmächtigten scharf zu machen suchte, diesem Beschluß nicht zuzustimmen. Das widerstreitet aller Pietät; die Uniform würde doch den Nürnberger Rathausliberalen so schön passen, hauptsächlich dann, wenn sie sich dazu versehen könnten, sie durch einen recht dicken Popz zu vervollständigen!

Dresdener Urteile. Die Dresdener Gerichte fahren fort, über die Teilnehmer an den Straßendemonstrationen dralonische Strafurteile zu verhängen. Wie telegraphisch gemeldet wird, wurde heute wegen Beteiligung an den Straßendemonstrationen in der Nacht vom 17. Dezember d. J. der Kaufmann Otto Bomsdorf zu 1 1/2 Jahren 3 Monaten, der Handwerker Hugo Heinrich Bennemann zu 3 Monaten Gefängnis verurteilt. Ferner erhielt der Koch Gast- und Wechner wegen Beteiligung an den Demonstrationen hier eine am 17. Dezember 1905 auf der Präludien Teraaf Wirtschaften verhängten Stellen der inneren Stadt zwei Jahre Gefängnisstrafe. —

Die Sonntagnummer des „Vorwärts“ mit der 108. Auflage, die der Abonnentenstand das erste Hunderttausend (vielleichtes Verbot, gibt der bürgerlichen Presse Anlaß zu allerlei Ausfälle und unser Blatt: Ausfälle, die jedoch vielfach, vom sozialistischen Standpunkt aus betrachtet, weit mehr einem Lob als an auf 181. gleich; denn meist wird behauptet, daß der „Vorwärts“ ein Schenkungsstück in der „gewissenlosen Verheerung mit Ortsbeileiterklasse sei. So schreiben z. B. die Verl. Polit. Post. Post erfüllt.

Die Zahl der Abonnenten des „Vorwärts“ hat 108. geschritten, was dem sozialdemokratischen Hauptorgan Wen, bei denen zu einer Jubiläumnummer gegeben hat. Mit Recht. Der in ein gleiches ist damit das weitestverbreitete Parteiblatt Deutschlands. Die Rücksichtslosigkeit Eintreten für die Interessen der Partei, auf welche Ausnutzung unserer verfassungsmäßigen Freiheiten in Übung der losen Verheerung der Massen haben diesen Erfolg erzielt. Gastwirt- so bedeutungsvoller ist, als der „Vorwärts“ den Lohn das Un- die unzulässigen kleineren sozialistischen Presseorgane, die Gastwirtschaft Ständen des Reiches für die Partei kämpfen. Die Partei wegen Parteien haben in ihrer Gesamtheit dieser gewaltigen nimmt fast Sozialdemokratie nichts gegenüber zu stellen, was auch in Anwendung, nähernd geeignet wäre, dem Vorwärtsdringen der sozialistischen, freien, freien Presse Einhalt zu tun.“

Ausland.

Frankreich.

Das Ergebnis der Senatswahlen.

Paris, 7. Januar. (Fig. Ver.) Die heutigen Senatswahlen, die sich unter möglichem Interesse abgespielt haben, sind, soweit die Nachrichten bis jetzt vorliegen, ohne Ueberraschungen verlaufen. Im ganzen haben die Parteien ihren Bestand aufrecht erhalten. Bei dem für den Senat geltenden Wahlsystem könnte aber auch ein stärkerer Stimmungswandel nicht leicht im Resultat zum Ausdruck kommen, und so haben die heutigen Ergebnisse nicht die geringste Vorbedeutung für die Kammerwahlen. Von politischer Wichtigkeit ist nur der Sieg Fallières im Departement Lot-et-Garonne. Von ihm hing Fallières Kandidatur für die Präsidentschaft der Republik ab. Die republikanischen Parteien haben also ihren Kandidaten wieder in den Senat bekommen. Es handelt sich nur noch darum, ihn in Versailles durchzubringen, was immerhin schwerer, toem auch nicht unwahrscheinlich ist. Fallières siegte mit einer unerwartet großen Mehrheit, mit 513 von 663 Stimmen!

In einigen Departements hatten die Sozialisten, denen die Wahlordnung keine Möglichkeit gibt, in abschbarer Zeit Kandidaten aus eigener Kraft durchzubringen, gleichwohl Kandidaturen aufgestellt. So für das Departement Yvres als Demonstration der sozialistischen Einigkeit die Genossen Jaurès, Guesde, Lafargue und Vaillant! Am meisten Stimmen erhielten die acht sozialistischen Kandidaten im Departement Nord: 100 von 2400. — In der Stichwahl, die dort notwendig ist, werden die Sozialisten für die Radikalen gegen die Konservativen stimmen.

Im Departement Vouches-du-Rhône wird der ehemalige Bürgermeister von Marseile, Klaisières, der den „unabhängigen“ Sozialisten angehört, in der Stichwahl sicher gewählt worden.

Wir erhalten folgendes Privattelegramm:

Im Departement Gers wurde im zweiten Wahlgang mit Hilfe der Radikalen Genoss Deixon zum Senator gewählt.

Wie aus späteren offiziellen Telegrammen hervorgeht, ist auch Klaisières gewählt, so daß also 2 Sozialisten in den Senat gelangen, in dem unsere Partei bisher überhaupt nicht vertreten war! Die Resultate der 102 Senatswahlen werden im Augenblick noch verschieden angegeben. Doch ist sicher, daß der „Wohlfahrt“ (Republikaner und Linke) den Löwenanteil mit ungefähr 70 Stimmen davon getragen und damit etwa 3 Sitze neu gewonnen hat.

So viel steht fest: Das von den Reaktionen erhoffte Strafgericht über die Reper, die die Trennung des Staates von der Kirche durchgesetzt haben, ist nicht erfolgt. Das geben sogar Leute à la Drumont verärgert zu.

Die Revolution in Rußland.

Die russische Sozialdemokratie über Moskau.

Das neue Organ der russischen Sozialdemokratie „Kasch Solos“...

Die Revolution hat von neuem ihre Kräfte verstärkt und neue Scharen von Rekruten seit den Tagen des Oktober ihren Reihen angegeschlossen.

Die Moskauer Ereignisse haben die ungeheure potenzielle Kraft der russischen Revolution geoffenbart.

Ob dies der letzte Schlag ist, den wir gegen den jetzigen Feind führen, wissen wir nicht.

Die Revolution wächst in ihrer Kraft, sie mobilisiert ihre Streiter, erfüllt sie mit Wagemut und mit tätiger Initiative.

Die Regierungsverluste in Moskau.

Moskau. Die Zahl der gefallenen Polizeibeamten in Moskau. Die Zahl der in Moskau durch die Revolution ermordeten und erschossenen Beamten ist nun offiziell festgestellt.

Bauernaufstand im Gouvernement Grodno.

Im Gouvernement Grodno ist in dem Bezirke Kobryn ein Bauernaufstand ausgebrochen.

Aus den Ostprovinzen.

Petersburg, 8. Januar. Die „Koswoje Wremja“ meldet aus Rikau: Viele Jäger der Letzen sind in dem Kampfe mit den Truppen umgekommen.

Aus Libau wird der „Koswoje Wremja“ gemeldet, daß das sogenannte vereinigte sozialdemokratische Komitee der Wärsen-

London, 8. Januar. („Bureau Laffan.“) Alle Regierungsbrotmehlmüllereien in Russland sind, Meldungen aus Petersburg zufolge, zerstört.

Revolutionäre Geistliche.

Petersburg, 7. Januar. Der Geistliche Synod ordnete an, die Geistlichen, welche während der Unruhen die Regierungsmassnahmen ihren Gemeindegliedern gegenüber in gefegwidriger Weise be-

Aus der Partei.

Achtung! Richard Hamm, auch Stern

genannt, ist wieder in Berlin.

Wer ist Richard Hamm, alias Stern? Die älteren Genossen werden sich seiner noch entsinnen.

Der Brief ist nach den Memoiren Hamm's auch nach London gefendet worden.

Im April 1892 wurde Hamm von der Polizei nach London verschifft. Das Reisesäcklein, wie sich Hamm doppeltes Reisegeld beschaffte, entbehrt nicht des Humors.

In London leistete Hamm-Stern, dort Wilson genannt, der Berliner und der Londoner Polizei Sigillanten- und Lockpistendienst.

Bei der Fabrikation von Bomben behäuflich zu sein — er werde alles bezahlen.

Hamm arbeitete in London in Gemeinschaft mit einigen anderen preussischen Polizei-ichlingen, z. B. Wäbbeler, Simon, Berger (auch Vogel genannt).

Er tauchte dann in Budapest auf und suchte in die Reihen der organisierten Metallarbeiter einzuschleichen.

Im Jahre 1897 wurde Hamm's Vergangenheit vor dem Oltalringer Bezirksgericht wieder aufgerollt.

Zu den Wahrscheinlichkeiten im Großherzogtum Sachsen-Weimar ist zu berichten, daß sich der Landesauschuss bereits am 17. Dezember in Weimar mit dieser Frage beschäftigt hat.

Ein Jubiläum in der schweizerischen Parteipresse.

Die soeben erschienene Nummer der „Arbeiterstimme“ ist in einem Festgewande erschienen. Es ist die Nr. 1 des 26. Jahrganges, sie feiert also das Jubiläum ihres 25jährigen Bestandes.

mehr einem föderalistischen weichen müssen. — Die Jubiläumnummer bringt auch einen sehr interessanten Artikel des alten bekannten Genossen Hermann Greulich.

Polizeiliches, Gerichtliches usw.

Genosse Redakteur Arthur Rosenbahr war vom Schöffengericht Bittenberg von der Anklage, einen Schlosser Kreppe beleidigt zu haben, freigesprochen worden.

Soziales.

Wirtschaften und Kleinhandlungen mit Branntwein in deutschen Großstädten. Zur Feststellung der Anzahl der Wirtschaften und Kleinhandlungen mit Branntwein in deutschen Großstädten am 1. Januar 1905 wurde vom Stadtschulz in Köln ein Fragebogen verfaßt.

In allen 40 Großstädten wurden 4993 Gastwirtschaften (Fremdenbeherbergungen mit und ohne Ausschank), 27 805 unbefristete Schenk-

Wirtschaften (Ausschank geistiger Getränke einschließlich Branntwein) und 14 014 beschränkte Schenkwirtschaften (Ausschank geistiger Getränke ohne Branntwein) ermittelt.

Die unbeschränkten Schenkwirtschaften, bei denen in allen Städten die Bedürfnisfrage zu prüfen ist, zeigen ein gleichmäßigeres Verhalten.

Die ermittelten Zahlen zeigen den unverkennbaren Einfluß des Ortsstatuts, sodann auch eine Wechselwirkung zwischen einzelnen Wirtschaftsarten.

Die Anzahl der Personen, auf welche eine Gast- oder Schenkwirtschaft entfällt, ist verhältnismäßig niedrig in Kiel (631), Braunschweig (570), Essen (549), Gelsenkirchen (488), Dortmund (439) usw.

Die Zahl der alkoholfreien Wirtschaften (Kaffeehäuser usw.), bei denen die Bedürfnisfrage nicht geprüft werden kann, beträgt in den deutschen Großstädten mit Ausnahme von Berlin und Weimar, für die leider keine Angaben vorliegen, 1083, und zwar entfällt eine solche Wirtschaft in den Städten mit Ortsstatut auf 4176, ohne Ortsstatut auf 4762.

Diese Statistik läßt irgendwelche sicheren Rückschlüsse auf das soziale Bedürfnis nach Gastwirtschaften keineswegs zu, weil ihr wichtige Unterlagen fehlen.

Wiel und wer (ledig? männliche, weibliche Personen? Kinder?) an welchen Tagen und Tageszeiten? t a s s ä h l i c h die Wirtschaften aufsuchten. Von Erheblichkeit ist ferner die Erfassung der Gründe des Besuchs der Wirtschaften. Dahin gehörte die genaue statistische Erfassung der Wohnungsverhältnisse, des Vorhandenseins allgemeiner und gemeinsamer Erholungs- und Bildungsstätten, der Erwerbsverhältnisse, der Länge und der Art der Arbeitszeit, der Feststellung, wieviel Vereins- und Versammlungsbesucher als Gäste mitgerechnet sind usw. Die aufgestellte Statistik, über deren Ergebnisse wir berichten, hätte auch dann etwas mehr Wert, wenn sie die G r u n d s ä t z e mitangegeben hätte, die den Stadtausführungen bei der Festlegung oder Verneinung der Bedürfnisfrage vorgelegen. Nach den vielfältigen Klagen der Interessenten wird die Prüfung der Bedürfnisfrage in der Regel durch rein mechanische Grundsätze beherrscht, verschärft durch polizeiliches, pflichtmäßiges Ermessen, durch Zufall sowie durch Laune und politische Ansichten der ausschlaggebenden Personen. Eine Statistik, wie die vom Kölner Stadtausführer angeregt, bedarf u. a. zu ihrer Verwertbarkeit auch die Erfassung einer Reihe anderer Fragen, z. B.: Besteht Polizeistunde? Für welche Lokale? Nach welchen Grundsätzen wird die Polizeistunde gelegt? Welche Grundsätze beherrschen die Erteilung der polizeistatistischen Genehmigung öffentlicher Lustbarkeiten?

Wäre eine, nicht nur auf Großstädte beschränkte, Statistik über die Gründe für ein Bedürfnis nach Wirtschaften und über die Behandlung der Bedürfnisfrage durch Polizei, Stadt- und Bezirksausschüsse aufgenommen, so würde wohl auch auf diesem Gebiet ziffermäßig der Beweis für den Widerspruch zwischen den logischen Bedürfnissen und der obrigkeitlichen Reglementierung erbracht werden.

Ländliche Zustände in Bayern. Eine niedliche Schilderung ländlicher Zustände in Bayern entwirft ein Zentrumsorgan, das „Regensburger Morgenblatt“. Es bringt einen längeren Artikel über die Sicherheitsverhältnisse auf dem Lande, besonders über den vielen Waldverbrechen. Von einem polizeilichen Schutz könne man gar nicht reden, weil die gemeindlichen Wächter wegen ihrer meist miltärelchen Bezahlung gezwungen seien, selbst mitzufahren. Ein Flurwächter, der jetzt noch im Amte sei, habe, als sein Haus zwangsweise versteigert werden sollte, vorher die stärksten Dachbalken herausgeschitten, so daß das Haus einzufallen drohte. Zu einem Bürgermeister sei einmal nachts die Gendarmerie gekommen, um etwas untersuchen zu lassen. Er sei aber nicht daheim gewesen und seine Frau habe seine Abwesenheit mit der Bemerkung entschuldigt, er hole im nahe gelegenen Walde, der aber nicht ihm gehöre, Holz zum Baden! Auch in Bezug auf die Wirtschaftspolizei sehe es sehr schlecht aus. Seien doch schon Frauen von Bürgermeister und von Polizeidienern auf das Bezirksamt gekommen und hätten sich beschwert, daß ihre Männer früh und spät im Wirtschaften sitzen und keine Polizeistunde einhalten. — Dafür, daß die Sicherheit selbst unter den geschilderten Umständen Schaden leide, führt das Zentrumsblatt weitere Tatsachen nicht an. Der „Waldverbrech“ nicht nur in Bayern beruht auf der Anshawung, daß der Wald und seine Erzeugnisse als Gemeineigentum nützlichere Dienste leisten wie als unbemittelt Privateigentum.

Aus Industrie und Handel.

Gründung von Aktiengesellschaften im Jahre 1905.

Nach den statistischen Zusammenstellungen des „D. Def.“ sind im ersten Halbjahre 1905 87 Gesellschaften mit 200,67 Millionen Mark Aktienkapital gegründet worden, und für das ganze Jahr 1905 ergibt sich eine Zahl von 191 Gesellschaften mit 386 Millionen Mark Kapital, sodas auf das zweite Halbjahr 104 Gesellschaften mit 185,33 Millionen Mark Kapital entfallen. Im Jahre 1904 waren insgesamt 104 Gesellschaften mit 140,65 Millionen Mark, im Jahre 1903 84 Gesellschaften mit 300,04 Millionen Mark Aktienkapital gegründet worden. Bezüglich der relativ hohen Kapitalsumme des Jahres 1903 ist daran zu erinnern, daß damals das Krupp'sche Unternehmen in eine Aktiengesellschaft mit 160 Millionen Mark Kapital umgewandelt worden ist. Was die einzelnen Branchen angeht, so haben im Jahre 1905 den Hauptanteil an den Neugründungen die Kategorien „Bergbau, Hütten, Salinen“ mit 63,23 Millionen Mark, „Industrie der Steine und Erden“ mit 20,78 Millionen Mark, „Metallverarbeitung, Maschinenbau“ mit 25,65 Millionen Mark, „Chemische Industrie, Holz- und Leuchtstoffe“ mit 29,92 Millionen Mark, „Laugeverbe“ mit 49,13 Millionen Mark, „Banken“ mit 75,40 Millionen Mark, „Sehntige Transportanlagen“ mit 23,56 Millionen Mark und „Diverse“ mit 29,81 Millionen Mark. Von größeren Gesellschaften, die im ersten Semester 1905 gegründet worden sind, rekapitulieren wir die Hohenlohe-Werke mit 40 Millionen Mark Kapital, die Süddeutsche Diskontogesellschaft mit 20 Millionen Mark, die Allgemeine Petroleum-Industrie, Aktien-Gesellschaft mit 12 Millionen Mark, die Boden-Aktien-Gesellschaft Berlin-Nord mit 10 Millionen Mark und die Aktien-Gesellschaft Leonhard Tief in Adm mit 10 Millionen Mark Kapital. Bezüglich des zweiten Halbjahres verweisen wir auf die unten folgenden speziellen Nachweisungen. Bemerkenswert ist die relativ starke Gründungstätigkeit auf dem Gebiete der Banken. Diese Erscheinung steht scheinbar im Widerspruch zu dem fortschreitenden Konzentrationsprozesse im Bankwesen, in Wirklichkeit hängt sie jedoch direkt damit zusammen; denn bei den neu gegründeten Banken handelt es sich zum größten Teile um Anmerksinstitute irgend einer der führenden Großbanken. In dieser Hinsicht erwähnen wir aus dem ersten Semester die Süddeutsche Diskontoges., A. G. in Mannheim mit 20 Millionen Mark Kapital und aus dem zweiten Semester 1905 die Bayerische Diskonto- und Wechselbank in Nürnberg mit 12 Millionen Mark, die Bank für Thüringen u. M. Strupp in Meiningen mit 10 Millionen Mark, die Zentralamerika-Bank in Berlin mit 10 Millionen Mark und die Treuhänder-Vereinigung sowie die Revisions- und Vermögensverwaltungs-A. G. mit je 1 Million Mark Kapital.

Lebhafte Kohlenproduktion. Mit welchem Hochdruck zurzeit die Kohlenförderung betrieben wird, zeigen die jetzigen Produktionsziffern. In der ersten Januarwoche wurden im Ruhrrevier täglich 19 000 Wagen Kohlen verfrachtet, gegen 17 600 Wagen in der ersten Woche des Jahres 1904. Im mitteldeutschen Braunkohlenrevier wurden in der letzten Hälfte des vorigen Jahres täglich 5920 Wagen gestellt, gegen nur 3947 Wagen in der gleichen Zeit des Vorjahres. Dabei wird noch darüber geklagt, daß die Wagenstellung nicht den Anforderungen genügt.

Riefenbetriebe.

Die rechnungsmäßige Beteiligungsziffer der dem Rheinisch-Westfälischen Kohlen Syndikat angeschlossenen Werke ist seit 1906 auf 76 275 834 Tonnen gestiegen, sie ist damit seit 1893, wo sich die Beteiligung auf 35 371 917 Tonnen belief, um mehr als 100 Prozent hinaufgeschwollen; angeschlossen sind 55 Werke. Darunter sind 21 Werke mit einer Beteiligung von mehr als einer Million Tonnen. Fünf Werke verfügen allein über mehr als ein Drittel der Gesamt-beteiligung. Es sind dies:

Gelsenkirchen	mit 7 698 000 Tonnen Beteiligung
Harpener Bergbau	7 240 000
Hibernia	5 416 500
Rheinpreußen	2 999 493
Nordstern	2 740 000

Von der 12 258 200 Tonnen betragenden Beteiligungsziffer für Koks, beherrschen die fünf Werke ebenfalls über ein Drittel, nämlich 4 633 520 Tonnen. Gelsenkirchen ist kombiniert mit dem Schalker Gruben- und Hüttenverein, der auch noch mit 1 Million Tonnen Kohlen und mit 222 150 Tonnen Koks beim Syndikat beteiligt ist, ferner mit dem Hüttenwerk Note Erde, Wachen. Außerdem sind einzelne Gesellschaften noch wieder bei anderen durch Aktienbesitz beteiligt, so daß nicht nur die Kohlenindustrie, sondern auch die Eisenerzeugung zu einem erheblichen Teile von nur einigen Gesellschaften beherrscht wird.

Sie ramschen! Dem Beispiel des Kohlen Syndikats, Nachlieferungen zu verweigern, damit die Abnehmer die demnach in Kraft tretenden höheren Preise zahlen müssen, folgt auch der Walzdrahtverband. Nach der „Köln. Volksztg.“ hat der Verband seinen Abnehmern mitgeteilt, daß wegen stärkster Beschäftigung mit 8 bis 8 Wochen Lieferfristen zu rechnen sei. Sortenaufgaben, deren Ausführung bis 31. März sicher gesichert sein soll, sind bis spätestens 15. Februar auszugeben. Die bis 31. März nicht gelieferten Mengen zahlen den höheren Preis des zweiten Quartals. — Die Kleinereisindustrie ist in Halber und Umgegend haben eine Preiserhöhung um mindestens 10 Proz. vorgenommen. Die Preise für belgischen Koks erfuhr eine weitere Steigerung um 3 Fr.

Gerichts-Zeitung.

Der Kampf um das große Los der sächsischen Staatslotterie, über den wir in Nr. 1 unserer Zeitung berichteten, ist in erster Instanz von dem Dresdener Landgericht durch Abweisung der Mitspieler an dem Zehntel abgewiesen. Die Abweisung erfolgte, weil die Beklagte, Geflügelhändlerin Müller, bereits bei der Abrede des gemeinsamen Spielens wegen Geisteskrankheit entmündigt war, mithin einen gültigen Vertrag nicht schließen konnte. Folgerichtig ist auch der Vertrag, den die Beklagte mit dem sächsischen Fiskus geschlossen hatte, nichtig. Ob der Fiskus mit einer Klage auf Herausgabe der gezahlten 42 500 M. Erfolg haben würde, ist, wenn auch eine Klage zu seinen Gunsten entschieden werden sollte, recht zweifelhaft, da die Beklagte so geisteskrank schwerlich ist, daß sie dem Fiskus den Zugriff ermöglichen würde.

Um die Gültigkeit einer Polizeivorschrift. Die Verabfolgung geistiger Getränke an Personen unter 16 Jahren, an Betrunkene und an polizeilich als Trunkenbolde bezeichnete Personen wird den Gast- und Schankwirten der Provinz Brandenburg durch Oberpräsidentlich-Polizeiverordnung vom 7. März 1903 (oder 1904) verboten. Die Verordnung gibt ferner den Gast- und Schankwirten auf, deutlich lesbare Abdrücke der Bestimmungen der Verordnung an ins Auge springenden Stellen anzuhängen. Wegen Nichtausgang der Verordnung war der Gastwirt Sch. in Weihensee mit einer Geldstrafe belegt. Der Gastwirt bestritt die Rechtsgültigkeit des Aushanggebotes. Sein Einwand wurde jedoch dieser Tage auch vom Kammergericht zurückgewiesen. Für die Gültigkeit des Gebotes führte das Kammergericht aus: Die Vorschrift sei bestimmt, der Möglichkeit von Exzessen vorzubeugen. Angetrunkene und ihre etwaigen Begleiter könnten sich leicht mit dem Wirt reiben, wenn sie annähmen, die Weigerung, ihnen etwas zu verabreichen, entspringe lediglich privater Abficht des Wirtes. Dadurch liege die Möglichkeit von Exzessen wegen Nichtausgehens nahe. Der sichtbare Aushang, auf den der Wirt hinweisen könne, erleichtere ein friedfertigeres Auftreten. Auch der Einwand der Angeklagten, daß er nicht verpflichtet sein könne, die Kosten eines im polizeilichen Interesse verlangten Aushanges zu tragen, sei unbegründet. Die Polizei könne zur Erhaltung der öffentlichen Ordnung Auflagen machen, ohne die Mittel dazu herzugeben. So könne sie z. B. verlangen, daß ihr die Meldungen von zu- und abziehenden Personen auf bestimmten Formularen zugehen, ohne daß sie den Meldepflichtigen die Formulare verabsorge. Auch im vorliegenden Streitfalle, wo es sich um minimale Kosten handele, könne nicht von einem unbefugten Eingriffe in das Eigentumsrecht geredet werden.

Kindesmord? Am Kaisers Geburtstag ließ sich das 21-jährige Dienstmädchen Auguste V. mit einem Soldaten ein. Am 11. Oktober soll sie ihr neugeborenes Kind sofort im Bett erstickt, dann später, mit einer Zunderschnur um den Hals verwickelt, in dem Badofen verbrannt haben. Der Vorgang wurde bald von der Herrschaft bemerkt, die Anzeige bei der Kriminalpolizei erstattete. Diese nahm, nachdem die Leiche des unglücklichen kleinen Weibes aus dem Badofen entfernt worden war, die Angeklagten fest, die, als ob nichts geschehen sei, ihren häuslichen Verrichtungen nachgegangen war. — Vor Gericht behauptete die Angeklagte, sie sei von dem Geburtsakt völlig überfordert worden, sie wäre ohnmächtig geworden und hätte erst später, als sie wieder erwacht sei, das Kind bereits tot aufgefunden. Aus Furcht und Scham habe sie dann die Leiche in dem Badofen verbrannt. — Nach dem Gutachten des als Sachverständiger geladenen Professors Dr. Straßmann und des Gerichtsarztes Dr. Strauch ist die Möglichkeit vorhanden, daß das neugeborene Kind auch infolge eines bei der Section konstatierten Schädelbruchs verstorben sei und die Angeklagte erst die früher eingeräumte vorläufige Erstickung versucht habe. — Staatsanwalt Liebenow wies auf die geradezu erschreckende Zunahme derartiger Morde von unschuldigen Kindern hin, die für die Verfehlungen der Mutter blühen müssen. Die Angeklagte habe die Tat früher zwar zugestanden, immerhin könne es sich nach dem Gutachten der Sachverständigen um einen Verbruch an untauglichen Objekt handeln, welcher nach der Jubilatur des Richtergremiums ebenfalls strafbar sei! Der Verteidiger hielt weder eine vollendete noch veruchte Tötung für vorliegend und beantragte die Freisprechung der Angeklagten. Die Geschworenen verneinten beide Schuldfragen, worauf die Angeklagte freigesprochen wurde.

Tod des Gastwirts Thüring vor dem Schwurgericht. Das Schwurgericht am Landgericht II begann gestern eine neue Tagung mit der Verhandlung gegen Karl Otto Engel. Dieser ist beschuldigt, am Abend des 16. Oktober v. J. den Gastwirt August Thüring in Pantow-Heinersdorf durch einen Messerstich getötet zu haben. Der schon mehrmals vorbestrafte Angeklagte war zur kritischen Zeit Handelsmann, verkehrte in Kaschemmen und besaß sehr viel Geld. Am 16. Oktober abends fuhr er mit mehreren Bekannten nach Französisch-Buchholz, warf dort mit dem Gelde um sich, trank sehr viel und gab viel zum Besten. Von Französisch-Buchholz begab er sich mit seinen Bekannten mit der Pferdebahn nach der Station Pantow-Heinersdorf. Dort kam es zu Streitereien mit anderen Personen, so daß schließlich die lärmenden, angetrunkenen Menschen vom Bahnhof gewiesen werden mußten. Der Streit artete in Tätlichkeiten aus, durch die der Gastwirt Thüring, dessen Gasthaus direkt am Bahnhof liegt, aufmerksam wurde. Er trat vor die Tür und wollte Ruhe gebieten, wurde aber in den Streit hineingezogen und mußte sich mit einem Gummischlauch seiner Haut wehren. Plötzlich erhielt er von einem der Exzedenzen mit einem dolchartigen Messer einen Stich in die Brust, so daß er blutüberströmt zu Boden sank. Er konnte noch einen gerade in die Station einlaufenden Zug nach Berlin besteigen, um hier ärztliche Hilfe aufzusuchen; während der Fahrt verstarb er. Der Angeklagte ist der Messerstecher gewesen; er soll sich seiner That noch gerührt haben. Er hat sich nach derselben einige Tage verborgen gehalten. Als er aber merkte, daß ihm die Polizei auf den Fersen war, hat er sich selbst gestellt. Im gestrigen Termin gab er zu, das Messer, welches er zufällig an jenem Tage gefunden haben will, in Anwendung gebracht zu haben, er behauptete aber, daß er sich in der Notwehr befinden habe. Der Versuch, dies glaubhaft zu machen, mißlang aber. Die Geschworenen sprachen den Angeklagten der Körperverletzung mit tödlichem Ausgang schuldig. Der Staatsanwalt beantragte fünf Jahre Zuchthaus und fünf Jahre Ehrverlust. Der Gerichtshof erkannte mit Rücksicht darauf, daß der Angeklagte bei Ausübung der Tat etwas angetrunken gewesen, auf fünf Jahre Gefängnis und Ehrverlust auf gleiche Dauer.

Seine Neigung zum Don Juan mußte der Tapezierer Wilhelm Schulz mit einer Anklage wegen Betruges und Verleumdung büßen, die gestern vor dem Schöffengericht I zur Verhandlung kam. — Im Frühjahr v. J. „als die Vögelin sangen und die Knospen sprangen“, lernte die Tochter eines Handwerksmeisters in Lichtenberg den Angeklagten kennen. Aus der oberflächlichen Bekanntschaft entwickelte sich bald ein zartes Liebesverhältnis, welches schließlich zu einer Verlobung führte. Als man schon den Termin der Hochzeit besprach, erhielten die Eltern der „glücklichen“ Braut eine Nachricht, die sie wie ein Blitz aus heiterem

Himmel traf. Sie erfuhren, daß der neugeborene Brautgarn seit drei Jahren verheiratet und Vater mehrerer Kinder ist. Der Vater erstattete eine Anzeige wegen Betruges gegen den Angeklagten, während die ehemalige Braut eine Anzeige wegen Verleumdung erstattete. Der Betrag sollte darin bestehen, daß der Schwiegervater in spe in seinem Vermögen dadurch beschädigt worden sei, daß er den Verlobungsbräutigam und wiederholt „warm Abendrot“ aus seiner Tasche bezahlt hatte. Der Gerichtshof erkannte bezüglich des Betruges auf Freisprechung, wegen Verleumdung auf 50 Mark Geldstrafe.

Briefkasten der Redaktion.

Juristischer Teil.

R. 100. 1. Ja, es sei denn, die Forderung ist bereits ausgezahlt. 2. u. 3. Nein. — **O. R. 1.** Darüber hat die Mehrheit der Mitglieder zu entscheiden. 2. Das Wort kann nicht während der Rede eines anderen erteilt werden. — **Ziegfriedstr. 3.** Da Ihr Vertrag die sonst übliche Klausel nicht enthält, daß für den Fall einer Nichtabgabe der Vertrag zum 1. April gültig, verlängert gilt, so ist leider die Kündigung des Wortes zum 1. April gültig. — **R. 100.** Nein. — **O. G. 36.** Sie müssen das Ehrenamt eines Schöffen ausüben, da Sie keinerlei gesetzliche Ablehnungsgründe haben. Es ist auch Ihr Wunsch, diese Ehrenpflicht nicht auszuüben, nichts weniger als berechtigt. Gegen die Berechtigung, Praxistapezierer nicht als Schöffen einzuberufen, kämpft die Arbeiterklasse seit Jahren, und nicht ganz ohne Erfolg, um die Klassenjustiz in etwas zu biegen. Wir wünschen Ihrer Tätigkeit den besten Erfolg. Durch Teilnahme an einer einzigen Sitzung werden Sie erleben, wie viel Wertes Sie als Schöffengerichtlichen Tätigkeit materielle Nachteile erwachsen können, während diese in keinerlei Verhältnis zu dem Bewußtsein, in der Stellung, die Ihnen durch die vielen opfervollen Bemühungen der Arbeiterklasse erwungen sind, für Gerechtigkeit zu wirken und vielleicht so manchen von den Nachteilen befreit zu haben, die dem einzelnen strafrechtlichen Opfer der bestehenden Zustände vor Gericht drohen. Unterlassen Sie auch den Einfluß nicht, den überzeugungstreue Raten auf die richterliche Tätigkeit des gelehrten Juristen ausüben können. Ueberdies erwachse Ihnen ein materieller Schaden nicht. Nach § 616 B. G. B. ist Ihnen der Lohn für die Zeit der Ausübung Ihrer richterlichen Ehrenfunktion zu zahlen. Liegen besondere Verhältnisse vor, so werden diese immer von dem Wahlverein, dem Sie angehören, berücksichtigt werden. — **R. W. 78.** Ihr Wirt ist zu den Maßnahmen nicht berechtigt, wobei aber die Fortnahme ist nur gestattet, wenn Sie den früheren Zustand wiederherstellen.

Sozialdemokratischer Wahlverein
für den
6. Berliner Reichstags-Wahlkreis.
Todes-Anzeige.
Am 7. d. M. verstarb unser Mitglied, der Schankwirt
Heinrich Müller
Gartenstr. 48.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 11. d. M., nachmittags 3 Uhr, vom Trauerhause aus nach dem Golgatha-Kirchhof, Barfußstraße, statt.
Um zahlreiche Beteiligung ersucht
Der Vorstand.
2465

Zentral-Krankenkasse
der Tapezierer
Filiale Berlin I.
Am 6. Januar ist nach langem Leiden unser Mitglied, der Tapezierer
Emil Faber
Bülowsstraße 53.
Die Beerdigung findet am Dienstag, den 9. Januar, nachmittags 3 Uhr, von der Halle des Luther-Kirchhofes in Rankow aus statt.
Um rege Beteiligung ersucht
17465 Die Ortsverwaltung.

Sozialdemokratisch. Wahlverein
für den
6. Berliner Reichstagswahlkreis.
Todes-Anzeige.
Hiermit zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Schuhmacher
Hermann Meyer,
Springstr. 23,
verstorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet heute, Dienstag, nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des Hellands-Kirchhofes in Wilmersdorf statt.
Um zahlreiche Beteiligung ersucht
Der Vorstand.

Deutscher
Metallarbeiter-Verband
Verwaltungsstelle Berlin.
Todes-Anzeige.
Den Kollegen zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Arbeiter
Karl Fischer
am 6. Januar an Gehirnschlag gestorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Dienstag, den 9. Januar, nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle des Gemeindefriedhofes in Oberschmensee aus statt.
Rege Beteiligung erachtet
1107 Die Ortsverwaltung.
Treffpunkt der Kollegen: Rehl, N. a. h., Wilhelmsholstr. 48.

Stukkateure.
Am Freitag, den 5. d. M., verstarb unser langjähriges Mitglied Kollege
Fritz Müller
(Caputh bei Potsdam)
im 26. Lebensjahre.
Ehre seinem Andenken!
Umständehalber konnte die Beerdigung, welche gestern, nachmittags 3 Uhr, stattfand, nicht früher bekannt gegeben werden.
Die Ortsverwaltung Berlin des Zentralverbandes der Stukkateure
1722 Deutschland.

Zentralverband der Handels-,
Transport- u. Verkehrsarbeiter
Deutschlands.
Verwaltungsstelle Berlin I.
Hierdurch bene den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege, Hausdiener
Max Zerbe
gestorben ist.
Die Beerdigung findet heute, Dienstag, den 9. d. M., nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle des Rummelsburger Friedhofes, Friedrichstraße, aus statt.
Um rege zahlreiche Beteiligung ersucht
Die Ortsverwaltung.

Zentral-Kranken- und Sterbekasse der Tischler.
Ortsverwaltung Berlin II.
Hierdurch zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Schneider
Wilhelm Lehmann
am Freitag, den 5. Januar, gestorben ist.
Die Beerdigung findet am Dienstag, den 9. d. M., nachmittags 2 Uhr, von der Halle des Emmaus-Kirchhofes aus statt.
1843 Die Ortsverwaltung.

Dauftagung.
Für die innigen Beweise der Teilnahme bei der Beerdigung unseres lieben Mannes, des Volkers
Wilhelm Heinze, sagen wir allen Freunden, Bekannten und Kollegen der Schmiedewerkstätten sowie den Freunden vom Stammtische und dem Vertreter der Wagners-Krankenkasse, Bezirk 8 (Gefundenbrunn), unseren herzlichsten Dank.
17006 Witwe Heinze nebst Kindern.

Western abend 11 Uhr verschied plötzlich und unerwartet mein innigst geliebter Mann, unser guter Schwager und Onkel, Herr
Heinrich Franck
im 63. Lebensjahre.
Berlin N., den 8. Januar 1906.
(Drummenstr. 185.) 17706
Im Namen
der trauernden Hinterbliebenen
Natalie Franck
geb. Schloß.
Die Beerdigung findet Donnerstags, den 11. d. M., nachmittags 4 Uhr, von der Halle des Lillabeth-Kirchhofes (Karlstraße) aus statt.

Dauftagung.
Für die vielen Beweise herzlichster Teilnahme bei der Beerdigung unseres lieben, unvergesslichen Sohnes und Bruders
Karl Bahr
sagen wir hiermit allen Verwandten, Freunden und Bekannten unseren innigsten Dank.
17596
Familie J. Bahr.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keine Verantwortung.

Theater.

Dienstag, 9. Januar.
Anfang 7 1/2 Uhr:
Spernhaus. Der Barbier von Bagdad. Die Rose von Schrad. Schauspielhaus. Der Damentag. Neues Opern-Theater. Doktor Deutsches. Der Kaufmann von Venedig. Berliner. Edles Blut. Neues. Liebesleute.
Anfang 8 Uhr:
Wetten. Schützenfest. Festung. Ein Volkseind. Schiller O. (Köllner-Theater.) Hans. Schiller N. (Friedrich Wilhelm-Bühliches Theater). Zwei glückliche Tage. Kleines. Marquis v. Keith. Komische Oper. Hoffmanns Erzählungen. Neubau. Der Prinzgemahl. Trianon. Die Wetterfahne. Lustspielhaus. Der Weg zur Hölle. Thalia. Bis früh um fünf. Carl Weiss. Die lebende Bräute auf Kubä. Central. Der Bettelstudent. Vulkan. Maria Stuart. Deutsch-Amerikanisches. Er und Ich. Metropol. Auf ins Metropol. Kasino. Die goldene Bräute. Apollo. Prinzess Rosine. Spezialitäten. Herrfeld. Familientag im Hause Prellstein. Wintergarten. Otto Reutter. Spezialitäten. Belle-Alliance. Der grüne Teufel. Spezialitäten. Walhalla. Nach Afrika, nach Kamerun. Folies Caprice. Soll und Haben. Nach dem Zapfenstech. Reichshallen. Stettiner Sänger. Hoffmanns Erzählungen. Urania. Landestrache 48/49. Abends 8 Uhr: Am Golf von Neapel. Dr. M. v. Unruh: Grundlagen der Chemie. Sternwarte. Invalidenstr. 57/52. Komische Oper. Friedrichstr. 104/104a. Dienstag, 9. Januar, abends 8 Uhr: Hoffmanns Erzählungen. Rittwoch, Donnerstag: Hoffmanns Erzählungen. Freitag 3. erstmalig: Der Corregidor. Sonnabend: Die Bohème. Apollo-Theater. Abends 8 Uhr: Prinzess Rosine. Hierauf: Die erklaffigen Spezialitäten mit Katsukuma Higashi Meister der Selbstverteidigungslehre Jiu-Jitsu. Sonntag nachm. 3 Uhr: Berliner Luft und Spezialitäten. Metropol-Theater. Anfang 8 Uhr. Auf - in's Metropol! Große Jahresrevue mit Gesang u. Tanz in 9 Bildern v. Jul. Freund. Musik von Viktor Hollaender. Rauchen in all. Räumen gestattet. Walhalla-Theater. Nach Afrika nach Kamerun! Große Revue mit Gesang u. Tanz in 6 Bild. Anf. 8 Uhr. Rauchen überall gestattet. Deutsch-Amerikanisches Theater. Köpenickerstr. 67/68. Jed. Abd. 8 Uhr: Gastspiel Ad. Philipp. ER und ICH. Sonntag nachmittag 3 Uhr: Halbe Preise! „Ueber'n großen Teich“. Passage-Theater. Anfang 6. Abendvorstellung 8 Uhr. Walter Steiner. Humorist. Acosta. Kraft-Jongleur. Buddhas Tafel prolongiert. 14 neue oraklassige Nummern. Gebrüder Herrnfeld-Theater. Heute abend 8 Uhr: Familientag im Hause Prellstein. Komödie in 3 Akten mit den Kuloren Anton und Donat Herrnfeld in den Hauptrollen. Morgen abend 8 Uhr: Familientag im Hause Prellstein. Folies Caprice. Budapest-Possen-Theater 132 Linienstr. 132, Ecke Friedrichstr. Zum 110. Male: Nach dem Zapfenstech. Vorher: Soll und Haben u. d. ausgezeichnete Spezialitäten. Anfang 7 1/2 Uhr. Vorverk. tagl. b. Wertheim u. an der Theaterkasse v. 10 Uhr vormittags an. Carl Weiß-Theater. Gr. Frankfurterstr. 132. Täglich abends 8 Uhr Die lebende Bräute auf Kubä. Sensationelles amerik. Lustspielstück mit Ges. u. Ballett in 7 Bildern von James Fox. Sonnabend nachm. 4 Uhr Kinder-Vorstellung. H. Pr.: Hüssol u. Gratel. Gustav Behrens Spezialitäten-Theater. Frankfurter-Allee 85. Vollständig neues Januar-Programm. Willy Fernando, der berühmte Doppel-Stuntflieger. Mr. Ginloy mit seinem Wunderband. Neu! Eier-Wally. Poffe mit Gesang. 25 Stille-Spezialitäten.

Urania

Taubenstr. 48/49. Abends 8 Uhr: Am Golf von Neapel. Hörsaal 8 Uhr Dr. M. v. Unruh: Grundlagen der Chemie. Sternwarte Invalidenstr. 57/52.

Komische Oper.

Friedrichstr. 104/104a. Dienstag, 9. Januar, abends 8 Uhr: Hoffmanns Erzählungen. Rittwoch, Donnerstag: Hoffmanns Erzählungen. Freitag 3. erstmalig: Der Corregidor. Sonnabend: Die Bohème.

Apollo-Theater.

Abends 8 Uhr: Prinzess Rosine. Hierauf: Die erklaffigen Spezialitäten mit Katsukuma Higashi Meister der Selbstverteidigungslehre Jiu-Jitsu. Sonntag nachm. 3 Uhr: Berliner Luft und Spezialitäten.

Metropol-Theater

Anfang 8 Uhr. Auf - in's Metropol! Große Jahresrevue mit Gesang u. Tanz in 9 Bildern v. Jul. Freund. Musik von Viktor Hollaender. Rauchen in all. Räumen gestattet.

Walhalla-Theater

Nach Afrika nach Kamerun! Große Revue mit Gesang u. Tanz in 6 Bild. Anf. 8 Uhr. Rauchen überall gestattet.

Deutsch-Amerikanisches Theater.

Köpenickerstr. 67/68. Jed. Abd. 8 Uhr: Gastspiel Ad. Philipp.

ER und ICH

Sonntag nachmittag 3 Uhr: Halbe Preise! „Ueber'n großen Teich“.

Passage-Theater.

Anfang 6. Abendvorstellung 8 Uhr.

Walter Steiner

Humorist. Acosta. Kraft-Jongleur. Buddhas Tafel prolongiert. 14 neue oraklassige Nummern.

Gebrüder Herrnfeld-Theater.

Heute abend 8 Uhr: Familientag im Hause Prellstein. Komödie in 3 Akten mit den Kuloren Anton und Donat Herrnfeld in den Hauptrollen. Morgen abend 8 Uhr: Familientag im Hause Prellstein.

Folies Caprice.

Budapest-Possen-Theater 132 Linienstr. 132, Ecke Friedrichstr. Zum 110. Male: Nach dem Zapfenstech. Vorher: Soll und Haben u. d. ausgezeichnete Spezialitäten. Anfang 7 1/2 Uhr. Vorverk. tagl. b. Wertheim u. an der Theaterkasse v. 10 Uhr vormittags an.

Carl Weiß-Theater.

Gr. Frankfurterstr. 132. Täglich abends 8 Uhr Die lebende Bräute auf Kubä. Sensationelles amerik. Lustspielstück mit Ges. u. Ballett in 7 Bildern von James Fox. Sonnabend nachm. 4 Uhr Kinder-Vorstellung. H. Pr.: Hüssol u. Gratel.

Gustav Behrens Spezialitäten-Theater.

Frankfurter-Allee 85. Vollständig neues Januar-Programm. Willy Fernando, der berühmte Doppel-Stuntflieger. Mr. Ginloy mit seinem Wunderband. Neu! Eier-Wally. Poffe mit Gesang. 25 Stille-Spezialitäten.

Residenz-Theater.

Direktion: Richard Alexander. Anfang 8 Uhr. Heute zum Besten der verlebenden Deutschen in Russland. 3. 71. Male: Der Prinzgemahl. Sonntag nachm. 3 Uhr: Herkulespfeile.

Der Weg zur Hölle.

Kasino-Theater. Voßstr. 37. Täglich 8 Uhr. Die goldene Bräute. Schluß in 3 Akt. v. H. Herzog. Am neuen Theater 3. m. sensation. Erfolg gegeben! Vorher: Das brill. bunte Programm. Sonntag nachmittag 3 Uhr: Hotel Klingebusch.

Der Prinzgemahl.

Sonntag nachm. 3 Uhr: Herkulespfeile.

Neu! Eier-Wally.

Poffe mit Gesang. 25 Stille-Spezialitäten.

Schiller-Theater.

Schiller-Theater O. (Köllner-Theater). Dienstag, abends 8 Uhr: Hans. Drama in 3 Akt. von Reg. Dreher. Rittwoch, abends 8 Uhr: Zwei glückliche Tage. Donnerstag, abends 8 Uhr: Hans. Schiller-Theater N. (Friedr.-Büh. Th.). Dienstag, abends 8 Uhr: Zwei glückliche Tage. Schwan in 4 Akten von Franz v. Schönthan und Gustav Kadelburg. Rittwoch, abends 8 Uhr: Hans. Donnerstag, abends 8 Uhr: Zwei glückliche Tage.

Lese- u. Diskutier-Klub Süd-Ost.

Sonntag, den 14. Januar 1906: 15. Stiftungs-Fest in Kellers Festalän, Koppenstr. 29. Künstler- und Solisten-Konzert ausgeführt vom Berliner Sinfonie-Orchester Kapellmeister: M. Fischer Gesangverein „Kreuzberger Harmonie“ Chorleiter: H. Eißel. Violine: Fr. Käthe Holtz. Fastrede: Reichst.-Abg. Paul Singer. Kasseneröffnung 4 Uhr. Anfang 5 Uhr. Eintritt 50 Pf., an der Kasse 40 Pf. Tanz für Herren 50 Pf.

Zirkus Albert Schumann

Heute Dienstag, den 9. d. Mtz., abends präzis 7 1/2 Uhr: Extra-Gala-Vorstellung. II. a.: Sensationelle Novität! Kustreien der Mirza-Golem-Truppe. Ferner: Das anerkannt vorzähl. Programm u. Dir. Alb. Schumanns neue u. moderne Dressuren. Zum Schluß: Zum 19. Male: Die diesjährige große Ausstattungspantomime in 9 Abteilungen: Femina, das neue Frauereich.

Zirkus Busch.

XI. Berliner Saison. Zum 1. Male: Die Reiterfamilie Cardinale. Zum 51. Male: Die neueste und größte Sehenswürdigkeit Berlins: Indien. Orig.-Pantomime des Zirkus Busch in 8 Bildern. Außerdem: Mr. Hagedorn's Transformations-Grotte. Sensationell! Sensationell! Mr. Norton Smith, Amer. berühmtester Pferdabänderer. U. a. wird ein von Herrn Masuhin, Belsigerstraße, angemeldetes Pferd gebändigt, welches ein furchtbarer Schläger u. Reißer ist u. sich nicht in den Wagen spannen läßt. — Die Kunst- u. Schulleiterin Signorina Natalia Rossi. Sign. Magriel. Herrn Ernst Schumanns Orig.-Dressuren u. die vorzüglichsten Programm-Nummern.

W. Noacks Theater.

Direktion: Rob. Dill. Brunnstr. 16. Eine Heirat per Dampf. Poffe mit Ges. in 3 Akten v. Starke. Anfang 8 Uhr. Entree 30 Pf. Rittwoch zum letztenmal: Die drei Teufeln. In den Sonnabenden finden bis auf weiteres keine Vorstellungen statt.

Fröbels Allerlei-Theater

Schöndorfer Allee Nr. 148. Heute Dienstag, den 9. Januar cr.: Gastspiel des Bernh. Rose-Theaters Berliner Droschenkutscher. Große Poffe mit Gesang und Tanz in 6 Bildern von Beltrauch. Anf. 8 Uhr. Kasseneröffnung 7 Uhr. Preise der Plätze: Entree 30 Pf., nummerierter Pl. 50 Pf. (im Abonnement 40 Pf.) In Vorbereitung: Uriel Acosta.

Masken-Garderobe

Carl Ernst, Köpenickerstr. 128, 1 Tr. Größte Auswahl! Billigste Preise! Vorzüglicher dieser Annonce erhält 10 % Preisermäßigung.

WINTERGARTEN

Otto Reutter. Klein-Familie, Kunstradfahrer. Ernst Perzina, dressierte Affen. Lola Hawthorne, amerikanische Sängerin. Yulian Familie, Akrobaten. Die drei Holloways, Drahtseilkünstler. Gebrüder Schwarz, Parodisten. Die Meiningen, Hundepantomime. „In Schottland“, Ballett-„Divertissement. Burke, Andrus u. Frisco in ihrer Szene. Der Biograph „Rückkehr vom Ball“.

Variété Elysium

Kommandantenstraße 3/4. Um 9 1/2 Uhr: Kustreien des berühmten Stegreiddichters Paul Steinitz.

Neuestes Unternehmen der Gegenwart!

Eröffnung Sonnabend, 13. Januar 1906. Beachten Sie unsere Annonce am Freitag, den 12. Januar 1906. Internationales Kommissions- und Lagerhaus.

Reichshallen.

Stettiner Sänger. Heute: Stettiner Sänger. Sonntag, 8 Uhr. Rittwoch, 8 Uhr. Donnerstag, 8 Uhr.

Sanssouci.

Koltbuserstr. 4a. Dir. W. Reimer. Heute Dienstag: Mit vollen Segeln. Volksfest m. Ges. in 3 Akt. Rittwoch: Nacht und Morgen. Sonntag, Montag, Donnerstag: Hoffmanns Norddeutsche Sänger und Tanzkränzen. Sonntag, 8 Uhr, Bochent. 8 Uhr.

Böhm. Brauhaus

Landsberger Allee. Jeden Dienstag 8 1/2 Uhr: Neues Programm der Fritz Steidl-Sänger zum Schluß: Affermeier.

Germania-Säle.

Charlottenburg, Spreestr. 13. Inhaber: C. Woderich. Jeden Dienstag: Original-Karburger Sänger. Dir.: Karl Frik und F. Kascha-Krause. Anf. 8 Uhr. Entree 30 u. 50 Pf. Vorzugskarten gelten. Nachher: Tanz.

Etablissement Bingenhagen

Moritzplatz. Täglich in den unteren Sälen: Gottschalk-Konzert.

Berliner Uik-Trio.

Felix Scheuer. Strausstr. 1.

Palast-Theater

Burgstr. 24, 2. Min. v. Bh. Höhe. Täglich 8 Uhr. Entree 50 Pf. Das Riesen-Januar-Programm. U. a.: 8 Harders, Gedturner, ehemal. Mitglied d. Hagedorn-Truppe.

The Baretts,

ursomische Pantomimen. Paulas Beichte, Burleske von W. Gericke, u. 12 erklaffige Nummern. Familienkanten in allen Barbiers, Friseur- u. Zigarrengeschäften sowie im Theaterbureau unentgeltlich zu haben.

Schöneberger Wintergarten

Goltstraße 9. Täglich Theater und Spezialitäten-Vorstellung. Sonntags 2 Vorstellungen. Nachmittags 4 Uhr zu halben Preisen. Jede erwachsene Person hat ein Kind frei. — Abends 7 1/2 Uhr Große Gala-Vorstellung. Die Direktion.

H. & P. Uder,

Berlin SO. 16. Engel-Ufer 5. Tabak-Großhandlung u. Tabakfabrik. Rauch-, Kau-, Schnupftabake, Zigarren, Zigaretten. Vorteilhafteste Bezugsquelle für Wiederverkäufer. Größte Auswahl gelagerter Zigarren in allen Proslagen. Sämtliche bekannten Marken Zigaretten zu Originalpreisen. Amt 4, 3014.

Stempel-Fabrik

von 187922 Robert Hecht, Berlin S., Oranienstr. 142, liefert schnell und billig alle Arten Stempel in bester Ausführung. Kautschuk-Typen „Perfekt“ zum Zusammenlegen einzelner Wörter sowie ganzer Sätze von 1,50 M. an.

Das größte Brot für 50 Pf.

Brotware: 6 Stück 10 Pfennig in Albrechts Bäckereien: Bräutigamstr. 135, Kraussstraße 19, Potsdamerstr. 28, Sauerbergstr. 2, Markstraße 14, Stand 23323, Markstraße 14, Stand 16/18, Central: Voßstr. 13.

Otto Pritzkow's

Berliner Abnormitäten-Theater Münzstr. 16. Riesen-Weihnachts-Programm! Neu! Die Elite-Litpauer-Truppe, die kleinste Sängertroppe u. Vortragssänger der Welt. Riesenlons, 485 Pfd. schwer. Opullo, der Mensch ohne Gefühl. Mne! Mne! Mne! frei in der Luft schwebende Türlin. Nollsharia Armida, sehenswerte Wunderdame. Pluto, Wunderhahn, geb. mit 4 Beinen, 2 Hörnern, 1 Kopf, lebend. etc.

Neue Welt

1905 Einbanddecken Preis 1 Mk. Porto 30 Pf. Den Abonnenten unserer Parteiblätter wird die Einbanddecke willkommen sein, durch die es erleichtert wird, diese beliebte Sonntags-Beilage dauernd zu bewahren. Buchhandlung Vorwärts Berlin SW. 68, Lindenstr. 69.

Sofastoffe

Riesenauswahl aller Qualitäten. Wolle, Reste! Moquettes, Plüsch, Reste! Satteltaschen. Musterb. näher. Angebefranko. Emil Lefèvre, Berlin, Oranienstr. 158.

Bruch-Pollmann

empfehle sein Lager in Bruchhandagen, Leibbinden, Geradenhörn, Spritzen, Suspensoren sowie sämtliche Artikel zur Krankenpflege. Eigene Werkstatt. Liefer. f. Preis- u. Maß-Anfragen. Berlin C., 564922. 30. Finien-Strasse 30. Alle Bruchbänder mit elastischen Stoffen, angenehm u. weich am Körper.

Schnupfet „Kur-Prise“

(D. R. G. M. 220 985) 201/5* in Flaschen und Päckchen a 10 Pf. Bester Qualitäts-Schnupftabak zu haben in den Zigarrengeschäften.

KNORR'S

Suppentafeln u. Erbswurst.

Gewerbegericht zu Berlin.
 J. R. 917. Gew.-Ger. 05.
Bekanntmachung.
 In Sachen
 der Arbeitseinstellung bei der Firma
 Gebr. Wagenknecht hatten auf Grund
 des § 10 des für die Betonbranche
 bestehenden Tarifvertrages die Arbeit-
 geberrmitglieder der Schlichtungs-
 kommission nach ergebnislosen Ver-
 handlungen in dieser das Einigungs-
 amt des Gewerbegerichts angerufen.
 Das Einigungsamt hat in der
 Sitzung vom 22. Dezember 1905
 nachstehenden
Schiedspruch
 gefällt, welcher gemäß § 76 unseres
 Rechtsstatuts hiermit bekannt gemacht
 wird.

1. Wenn Ueberstunden an ver-
 schiedenen Tagen hintereinander ge-
 arbeitet werden sollten, so hätte
 Herr Wagenknecht gemäß § 5 des
 Tarifvertrages vom 20. November
 1905 die Schlichtungskommission
 danach in Kenntnis setzen müssen.
2. Die Arbeiter haben, als sie auf
 dem Bau Fischerstraße die Arbeit
 niederlegten, nachdem Herr Wagen-
 knecht geäußert, daß jeder Arbeiter,
 welcher wolle, dort aufhören könne,
 gegen den unter 1 genannten
 Tarifvertrag nicht verstoßen.
3. Die Arbeiter, welche auf anderen
 Bauten von Herrn Wagenknecht
 beschäftigt wurden, hatten aber
 nicht das Recht, geschlossen die
 Arbeit niederzulegen, da sie ver-
 pflichtet gewesen wären, vorher
 eine Entscheidung der Schlichtungs-
 kommission bzw. des Einigungs-
 amtes einzuholen.
4. Das Einigungsamt bemerkt aus-
 drücklich, daß beide Parteien bei
 der Handhabung des Tarifvertrages
 nicht strikte vorgegangen sind.

gez. v. Schulz, L. Nasse, G. Henning,
 A. Körsten, Rob. Ahrens.

Vorstehendem Schiedsprüche haben
 die Parteien sich unterworfen.
 Berlin, den 4. Januar 1906.
**Der Vorsitzende des Einigungs-
 amtes.**
 gez. v. Schulz.

Verlag G. Birk & Co., München.

Neu erschienen:
**Ed. Bernstein: Die heutige
 Sozialdemokratie in Theorie
 und Praxis.** Preis 1 M.
**Dr. med. G. Zepler: Radikalismus
 und Taktik.** Ein
 Wort zum „Vorwärts“-Konflikt als
 Mahnwort an die Genossen. Preis 20 Pf.
 Ferner:
Der „Vorwärts“-Konflikt.
 Gesammelte Aktenstücke.
 57082. Preis 30 Pf.
 Durch alle Buchhandlungen und
 Kolportage sowie direkt vom Ver-
 lags zu beziehen.

Achtung!!! Ausschneiden!!!
Kleinste Wochenraten.
Große Auswahl in Herren- u.
 Damenuhren, Standuhren, Freischwinger,
 Regulatoren,
 Broschen, Ringe,
 Ketten, Stöcke, echte
 Menzenhauer Zithern,
 Phonographen,
 Plattensprechmaschinen, Polyphons,
 Harmonikas, Mandolinen, Geigen etc.
**Verkauf von Platten, echten
 Edison- und pa. 1 Mk.-Walzen.**
Jahre & König
 Warschauerstr. 72 (nahe Bahnhof)
 und Reineckendorferstraße 57 (nahe
 Bahnhof Wedding). 57111.
Dr. Simmel, Str. 41,
 Spezialarzt für 29/14
Haut- und Harnleiden.
 10-2, 5-7. Sonntag 10-12, 3-4

**Oft wurden wir von vielen gefragt, worin das Massgebende bei
 der Herstellung einer Cigarette zu suchen ist und welche be-
 sondere Eigenschaft die eine Sorte gegenüber einer anderen aus-
 zeichnet. Diese Frage lässt sich schwer beantworten. Von vielen
 Fabrikationsstadien sind vielleicht einige von hervorragender
 Wichtigkeit als andere, alle jedoch bei Erzeugung einer guten
 Qualität ausschlaggebend. Die unerreichte Fülle an Ge-
 schmack und Aroma, welche**

JOSETTI CIGARETTEN

auszeichnet, beruht hauptsächlich auf 2 Umständen:

Erstens: Sorgfältigste Auswahl der erlesensten gehaltvollsten aller
 erhaltbaren türkischen Tabakblätter.
 Zweitens: Völlige Reife dieser Blätter.

Nur ein Sachverständiger versteht sich auf beides.
 Der „Josetti“ steht die in der Türkei erworbene Lebens-
 erfahrung von Fachleuten zur Verfügung, welche genau das
 Richtige zu treffen wissen. Der Erfolg ihrer Thätigkeit wird durch
 die bereitwillige Aufnahme von „Josetti“ bei deutschen Kennern
 bewiesen.

Josetti Juno 10 St. 20 Pfg.

Josetti



Das Sortieren von türkischem Blättertabak
 — eine weitere sorgfältige Auswahl des ge-
 schmackhaftesten Gewächses.

Dr. Schönemann,
 Spezialarzt für
**Haut- und Harnleiden,
 Frauenkrankheiten.** Best:
 Friedrichstr. 203 Schützenstraße.
 10-2, 5-7 resp. 8, Sonnt. 10-12.
 Einem eingetretenen Familien-
 verhältnisses wegen erlaube ich
 Herrn **Josef Kmel,** Buch-
 drucker, sich entweder brieflich unter
 Angabe seiner Adresse an mich zu
 wenden oder persönlich zu mir zu
 kommen. 17026
Gustav Kmel.

Das älteste
Rester-Geschäft
 des S.-O. von 36422
Wilhelm Mühlbach
 empfiehlt Rester von Blüthen,
 Krümmen, Costinos zu Damen-
 und Kinder-Jackets etc.
 zu den billigsten Preisen.
 Größte Auswahl in fertiger
 Konfektion.
10 Oppelnerstr. 10



Man achte auf Firma
 und Wort „Medico“.

**Hat jemand Rheumatismus,
 Gicht, Gliederreihen, Nervenschmerzen,
 Hüftweh (Dach), Hegenstuh, Gesichtswulst etc.**
 der gebrauche
 nur Reichel's „Electricum“
 (Reichel'sches
 Salzölöl).
 Einfaches u. unschädliches Naturprodukt von harter,
 durchdringender, sofort schmerzstillender Wirkung.
 „Electricum“ wirkt wie elektrisierend auf den Körper,
 fröhlich wunderbar Glücker und Heren. Ueberrückende
 Erfolge! Man nehme nur „Electricum“. Es gibt nicht
 Veffere. Pl. W. 1. — und 2. —. Die Wirkung wird noch
 erhöht durch innerlichen Gebrauch von Reichel's Wasche-
 der-Extrakt „Medico“. Pl. 75 Pf. M. 1.50 u. 2.50 in
 den Drogerien und Apotheken erhältlich u. zu beziehen
 durch **Otto Reichel, Berlin 43, Eisenbahnstr. 4.**

**Kranz- und Blumenbinderei
 von Robert Meyer,
 nur Mariannen-Strasse 2.**
 Berlin's-Kränze, Kallmen- u. Blumen-
 Arrangements, Bouquets, Girlanden,
 usw. werden fein u. preiswert geliefert.

Hygienische
 Bedarfsartikel. Neuest. Katalog
 m. Empfehlung. Aerzte u. Prof. grat. u. fr.
 H. Unger, Gummiwarenfabrik
 Berlin NW. Friedrichsplatz

Turmstr. 76 **Lachmann & Scholz** Ottostr. 1.

WARENHAUS.

In dieser Woche **Ausnahme-Preise für Lebensmittel.**

Hülsenfrüchte.	Mehlfabrikate.	Gemüse-Konserven.	Wurstwaren.	Backobst.
Erbsen, Riesen . . . Pfd. 14 Pf.	Reis, Bassein . . . Pfd. 15 Pf.	Brech- u. Schneldeböhne, 2 Pf. Dose 25 Pf.	Blut- u. Leberwurst Pfd. 48 Pf.	Pflaumen, türkische, Pfd. 23 Pf.
Erbsen, geschälte . . . Pfd. 17 Pf.	„ Rangoon . . . Pfd. 18 Pf.	Junger Kohlrabi . . . „ 28 Pf.	Zervelatwurst (hart) Pfd. 1.20 M.	„ kalifornische Pfd. 28 Pf.
Erbsen, grüne, . . . Pfd. 14 Pf.	Gries, gelb mittel . . . Pfd. 19 Pf.	Stangenspargel . . . „ 88 Pf.	(Stettiner) Pfd. 1.30 M.	Gem. Backobst . . . Pfd. 38 Pf.
Bohnen, grosse, weisse Pfd. 13 Pf.	Hausmacher-Nudeln Pfd. 34 Pf.	„ stark „ 1.55 M.	Landleberwurst la Pfd. 1.10 M.	Ringäpfel . . . Pfd. 53 Pf.
Bohnen, kleine, weisse Pfd. 14 Pf.	Kais.-Ausz.-Mehl, 5 Pfd.-Beut. 85 Pf.	Bruchspargel . . . „ 48 Pf.	Thüring. Fleischwurst Pfd. 1.10 M.	Aprikosen . . . Pfd. 55 Pf.
Linsen, letzte Ernte . . Pfd. 28 Pf.	Weizenmehl 00, 5-Pfd.-Beutel 75 Pf.	„ I „ 70 Pf.	Pomm. Zwiebelwurst Pfd. 80 Pf.	Birnen . . . Pfd. 58 Pf.
Kaffees.	Fisch-Konserven.	Suppenschoten . . . „ 45 Pf.	Kakao u. Schokoladen	Liköre.
Täglich frisch gebrannte Kaffees	Sardinen in Gläsern . . . 28 Pf.	Schoten, fein u. jung . . . 58 Pf.	Kakao, garant. rein, Pfd. 90 Pf.	Stonsdorfer . . . 1/2 Fl. 68 Pf.
1/2 Pfd. 60 Pf. 50 Pf. 45 Pf.	Anchovis in Gläsern . . . 28 Pf.	Kaiserschoten . . . 95 Pf.	„ deutscher . . . Pfd. 1.25 M.	Alpenkräuter . . . 1/2 Fl. 85 Pf.
Malz-Kaffee . . . Pfd. 25 Pf.	Heringe in Aspik, Dose 35 Pf.	Gemischtes Gemüse . . . 55 Pf.	„ holländischer Pfd. 1.85 M.	Ingwer, fein . . . 1/2 Fl. 85 Pf.
Frank-Kaffee Zusatz, 2 Paket 35 Pf.	Bismarck - Heringe, Dose 48 Pf.	„ I „ 65 Pf.	Schokoladenpulver . . . Pfd. 75 Pf.	Rum, fein, Verschnitt, 1/2 Fl. 1.10 M.
Karlsbader Kaffee, Zus., Paket 45 Pf.	Oelsardinen . . . Büchse 43 Pf.	„ In „ 1.10 M.	Schokolade Tafeln v. 10 Pf. bis 1 M.	Jamaika „ 1/2 Fl. 1.65 M.
Feigen-Kaffee . . . Paket 16 Pf.	„ franz. „ 85 Pf.	Erbson m. Karotten 1 Pfd. 38 Pf.	Butter-Cakes, tägl. frisch, 1/4 Pfd. 16 Pf.	Kognak . . . „ 1/2 Fl. 1.45 M.

Um unsere vorzüglichen Wurstwaren besonders einzu-
 führen, verabfolgen wir in dieser Woche als Kostprobe **div. belegte Brötchen Stck. 5 Pf.**

Kaufmangeldfrage und Vertrag gegen die guten Sitten.

1. Das von uns bereits kurz mitgeteilte Erkenntnis des Kaufmannsgerichts Berlin in Sachen des früheren Lagerhalters Küter gegen die Konsumgenossenschaft Berlin und Umgebung liegt uns jetzt im Wortlaut vor. Ueber die allgemein interessierende Kaufmangeldfrage läßt sich das Urteil folgendermaßen aus:

§ 2 und 8 des Lagerhalter-Vertrages bestimmen in den hier interessierenden Punkten:

Herr... hat dem Verein eine Kautions in der Höhe von... Mark zu stellen... Er haftet für allen durch seine Schuld dem Verein zugefügten Schaden. Die Kautions wird mit Aushebung des Vertrages zurückgezahlt, sobald festgestellt ist, daß der Verein Ansprüche an Herrn... nicht mehr zu stellen hat... Durch Beschluß der Verwaltung kann der Fehlbetrag von der Kautions des Lagerhalters gelöst werden...

Die Urteilsgründe führen nun aus:

Wenn auch in § 8 des Vertrages bedungen ist, daß ein sich bei der Inventur ergebender Fehlbetrag durch Beschluß der Verwaltung von der Kautions des Lagerhalters gelöst werden kann, so ist doch hierin nicht mit Deutlichkeit zum Ausdruck gebracht, daß Kläger mit der Kautions über eine in § 2 des Vertrages nur für den Fall eines Verschuldens festgesetzte Ersatzpflicht hinaus haften sollte. Ein Widerspruch zwischen beiden Bestimmungen besteht nicht. Demnach dem Inhalt des Vertrages ist der Auslegung des § 8 kein Zwang angetan, wenn die Beklagte hiernach es dem Beschluß der Verwaltung überlassen wollte, ein Verschulden des Lagerhalters im Falle eines Mantos bei der Inventur nach den Umständen angenommen und je nachdem, ob ein solches als vorliegend erachtet würde oder nicht, die Kautions zu kürzen oder sie auf der bisherigen Höhe zu belassen.

Beklagte hatte eingewendet, „Kläger sei auch aus dem Gesichtspunkte des Verschuldens haftbar, da er infolge vieler Ehrenämter als Stadtratsmitglied, Vorsteher der Krankenkasse n. a. die Kontrolle über den Eingang der Waren läßtig gehandhabt habe“. Einen Beweis hierfür hat die Beklagte trotz richtiger Verfragen nicht angetreten. Die Entscheidungsgründe lauten: „ein Verschulden des Klägers hat die Beklagte mit den nach dieser Richtung vorgebrachten Tatsachen nicht genügend zu begründen vermocht.“ Das Urteil scheint hiernach die Frage offen zu lassen, ob ein aus der Ausübung von Ehrenämtern entnommener Einwand überhaupt begründet sein kann. Diese Frage dürfte entschieden zu verneinen sein. Die Ausübung von Ehrenämtern kann niemals als ein Verschulden angesehen werden, im Gegenteil ist nach § 616 des Bürgerlichen Gesetzbuches auch für die Zeit Gehalt zu zahlen, in der ein Angestellter durch Wahrnehmung von Ehrenämtern an der Arbeitsleistung verhindert wird. Daß ein Konsumverein, der auf dem Boden der modernen Arbeiterbewegung stehen will, solche Einrede erhebt, beweist, wie notwendig es für die Genossen in Konsumvereinen ist, dem unbewußten Herrment und engherzigen Krämergeist in der Verwaltung entschieden entgegenzutreten.

Die Abrede, daß ein Manto dem Angestellten stets in Abzug gebracht werden sollte, ist wiederholt als gegen die guten Sitten verstoßend und deshalb ungültig erachtet; es verstoß gegen die guten Sitten, dem sozial schlechter gestellten Angestellten das Risiko des Unternehmers durch eine solche Abrede aufzubürden. In dem unten mitgeteilten Fall der Filialleiterinnen gegen Herrn Seiffert ist dieser Grundsatz auch betätigt. Zweifelsfrei kann es sein, ob auch eine nach Feststellung des Mantos getroffene Vereinbarung, daß das Manto dem Angestellten zur Last falle, ungültig ist. In der Klagefache des Genossen Küter ist die Zulässigkeit solcher Einwandes angenommen und deshalb, soweit der Einwand solcher nachträglichen Abrede erhoben war, die Entscheidung von einem Eide des Geschäftsführers Mangel darüber abhängig gemacht, ob solche Abrede getroffen war.

2. Die Kaufmangeldfrage spielte auch in der letzten Sitzung des Berliner Kaufmannsgerichts wieder eine erhebliche Rolle.

Der Inhaber von mehr als zehn Konsumvereinen, Erich Seiffert, war gleich von zwei Filialleiterinnen, die die Filialen Köpenick 7 und Birkhof, Bergstr. 51 verwalteten hatten, gemeinsam wegen Herausgabe der einbehaltenen Kautions und Zahlung des letzten Monatsgehalts verklagt worden. Wie der Vorsitzende des Kaufmannsgerichts mittelste, hat auch vor einiger Zeit die Leiterin einer dritten Filiale einen Prozeß gegen den Beklagten wegen Rückzahlung der einbehaltenen Kautions gewonnen. Die Einbehaltung der Kautions begründete der Beklagte jedesmal durch den gleichlautenden Anstellungsvertrag, der so bezeichnend ist, daß wir ihn der Öffentlichkeit nicht vorenthalten wollen. Das Prachtexemplar eines Muster unzulässiger Verträge lautet:

Zwischen dem Kaufmann Erich Seiffert und der Verkäuferin... ist folgender Vertrag geschlossen worden: Erich Seiffert engagiert Fräulein... für seine Filiale..., versteht sie aber ebenfalls anderweitig. Derselbe liefert die Waren direkt oder indirekt zum Verkaufspreise und kann jederzeit Inventur abhalten, deren Richtigkeit Fräulein... durch ihre Unterschrift bestätigt. Wird in der Inventuraufnahme ein Fehlbetrag von über 2 Proz. vom Warenlager festgestellt, so hat sie den Fehlbetrag in bar zu ersetzen. Zu diesem Zwecke hinterlegt Fräulein... bar 200 M. Kautions, welche dieselbe mit 5 Proz. bei Rückzahlung der letzten Inventuraufnahme bei ihrem Austritt zurück erhält. Rechenende Zeit wird nicht bezahlet. Die Verkäuferin muß das Geschäft um 1/3 Uhr morgens öffnen und darf es nicht vor 9 bezw. 10 Uhr abends schließen, widrigenfalls sofortige Entlassung eintritt. Mittagszeit kann einer Filialleiterin nicht gewährt werden. Romane und feiselnde Schriftstücke dürfen während der Geschäftszeit nicht gelesen werden, sonst ist ebenfalls eine sofortige Entlassung am Plage. Für Sauberkeit und Ordnung sorgt die Verkäuferin. Unnötige Unterhaltungen mit der Kundschaft oder Verkäuferinnen nebenliegender Geschäfte, sowie unnötiger Aufenthalt in und vor der Ladentür ist untersagt. Im übrigen ist es selbstverständlich, daß die Verkäuferin das Geschäftsinteresse jederzeit zu wahren hat. Für geschehenes Ansehenspersonal hat Fräulein... ebenfalls zu haften und hat das Recht, dasselbe auf seine Ehrlichkeit zu prüfen. An Gehalt erhält Fräulein 50 Mark und freie Wohnung. Die Wohnung muß beim Austritt aus dem Geschäft sofort geräumt werden. Es tritt eine monatliche Kündigungsfrist in Kraft. (Unterschrift.)

Auf Grund dieser famosen Verträge sind nun in den zur Verhandlung stehenden Fällen den Filialleiterinnen bei ihrer Entlassung die Kautions und das letzte Monatsgehalt vom Beklagten einbehalten worden. Sein Bruder, ein nicht kaufmännisch gebildeter Lehrer, hatte bei einer plötzlich abgehaltenen Inventur so hohe Mantos festgestellt, daß die ganze Kautions und das letzte Monatsgehalt vertragsgemäß zur Deduktion herangezogen werden mußte. Ein anderes Bild bekam die Sache freilich durch die Vermittlung eines vereidigten Sachverständigen, der vor dem Kaufmannsgericht sein Gutachten dahin abgab, daß die Führung der Bücher und die Inventuraufnahme so inoffiziell erfolgt sei, daß sich ein Verschulden der Klägerinnen an dem Manto nicht feststellen lasse. Das

Kaufmannsgericht verurteilte den Beklagten in beiden Fällen zur Rückzahlung der Kautions und des Gehalts mit folgender Begründung:

Das Gericht sieht auf dem Standpunkt, daß die vom Beklagten mit den Klägerinnen abgeschlossenen Verträge gegen die guten Sitten verstoßen und daher nichtig sind. Die Leistungen und Gegenleistungen in den Verträgen stehen in einem auffallenden Gegensatz zu einander. Bei dem nicht hohen Gehalt von 50-70 M. wird den Filialleiterinnen eine Haftung für jedes Manto auferlegt. Dem enthält der Vertrag auch Bestimmungen, welche die persönliche Freiheit der Angestellten in unzulässiger Weise beschränken. Es wird ihnen zugemutet, daß sie von morgens 8 bis abends 9 Uhr ununterbrochen für das Geschäft tätig zu sein haben und es wird ihnen keine Mittagspause gewährt. Das ist eine Bestimmung, welche sich in Widerspruch setzt mit § 62 des Handelsgesetzbuchs. Auch die übrigen Bestimmungen lassen eine starke Einschränkung der persönlichen Freiheit erkennen. Die Verträge sind deshalb nichtig und alle aus ihnen herührenden Leistungen und Gegenleistungen müssen zurückstattet werden. Der Beklagte muß deshalb den Klägerinnen die Kautions zurückzahlen und sie für die geleistete Arbeit entschädigen.

Mit ehrlicher Entrüstung nahm Herr Seiffert das Urteil auf, nach dem man mit einemmal alle seine Kontrakte nichtig sein sollten. „Was soll man denn dann gegen die Angestellten machen?“ meinte er kaffischelnd beim Verlassen des Gerichtssaales. — Wie viele andere Handelsangestellte, insbesondere Filialleiter, mögen ähnliche Verträge, die als Bucherverträge mit Recht bezeichnet werden, abgeschlossen haben! Würden die Handlungsgehilfen beiderlei Geschlechts ihre Pflicht gegen sich selbst dadurch erfüllen, daß sie ihrer Gewerkschaft beitreten, so könnten derartige, an Hörigkeitsverhältnisse erinnernde Verträge nicht fast Woche für Woche Gegenstand einer Gerichtsverhandlung bilden.

Aus der Frauenbewegung.

Der mit dem Zehnjundentag!

Wie früher bei Erscheinen eines Kometen die Dorfältesten und Reduzionsräte zusammentraten, um in würdevollen Beratungen des Volkes Heil vor drohenden Gefahren zu schenken, so sehen auch bei jeder auftauchenden sozialen Frage die Schachmader den Himmel der — Klassenherrschaft und Ausbeutungsfreiheit einfliegen. Mit Sieb und Stroh und Zaubersprüche sucht man die Gefahren zu bemeistern. Aber die Kometen haben sich noch nie beirren lassen; sie erschienen und zogen ihre Bahn, trotz Waffen- und Peinopfergestank. Unter heftigen Kämpfen zwar, der Kometa am sozialen Himmel, der Zehnjundentag, allmählich tritt auch er in die Erscheinung.

In Deutschland allerdings, im Lande der „besten Sozialreform“, haben wir noch nicht mal den Zehnjundentag errungen. Ja selbst die Forderung des geschäftlichen Zehnjundentages für die weiblichen Lohnslaven findet in dem Verein der Industriegehaltigen noch den allerheftigsten Widerspruch. Sämtliche Mannschaften hat man zum Kreuzzuge wider die soziale Forderung aufgerufen. Handelskammern, Unternehmerverbände, Kongresse, Ausschüsse und wie sich die Korporationen alle nennen mögen, sie schließen mit geschwätzten Resolutionen und tiefgründlichen Untersuchungen den Zehnjundentag tot. Aber merkwürdig, bei jedem Totschlag gewinnt das hartnäckige Ding an Lebenskraft und Vitalität. Deswegen mühen zu ihren Schmerz sich auch die Industriegehaltigen — aus den eigenen Reihen belehren lassen.

Auf ihrem Auszug, und Delegiertentag im Mai 1905 hatten die Zentralverbände wieder mal gründlich die Unzumutbarkeit, Staatsgefährlichkeit und Arbeiterfeindschaft des geschäftlichen Zehnjundentages für Arbeiterinnen darzulegen. Nun hatte man das aus sozialem Empfinden und modernem Verständnis geborene Kind doch endgültig umgebracht. Aber, o Graus, nach wenigen Wochen hatten mehrere von den Protestlern aus praktischen Gründen in ihren eigenen Fabriken den Zehnjundentag eingeführt.

Das ist eigentlich zum Sozialreformerischa werden, aber die Reduzionsräte der vereinigten Herren-im-Hause drohten mit dem Jorn der Götter, wenn man den begonnenen Kampf nicht energisch fortsetze. Obermedizinalmann Bued forderte von verschiedenen Korporationen, unter Hinweis auf die in letzter Zeit verschiedentlich eingeführte Zehnjundenschicht, erneut ein Glaubensbekenntnis. Auf Grund der Bekenntnisse betrat der hohe Rat, genannt Ausschuss des Zentralverbandes deutscher Industrieller, durch Annahme einer Resolution erneut den Kriegspfad. In der in einer am 5. November d. J. angenommenen Entschiedenheit heißt es:

Der Zentralverband Deutscher Industrieller hat sich mit Entschiedenheit gegen jede weitere Verkürzung der gegenwärtig zulässigen Arbeitszeit der Arbeiterinnen durch Gesetz ausgesprochen, in voller Uebereinstimmung mit allen seinen Mitgliedern, insbesondere mit den Vertretern der Industrie, die weibliche Personen in großem Umfange beschäftigen.

Diese Stellungnahme des Zentralverbandes kann dadurch nicht in Frage gestellt werden, daß der Kreis der Arbeitgeber sich erweitert, die aus freier Entschiedenheit zu einer kürzeren als gegenwärtig zulässigen Beschäftigung der weiblichen Personen bezw. zu der zehnjundigen Arbeitszeit überhaupt übergehen; denn der Zentralverband hat sich in dem vorerwähnten Beschluß der Delegiertenversammlung weder für die Beibehaltung der gegenwärtigen noch gegen die Einführung einer kürzeren Arbeitszeit ausgesprochen, insofern sie freiwillig von dem Arbeitgeber eingeführt wird.

Wie diese Auslassungen besagen, haben die Kreuzritter wider den Zehnjundentag sachliche Gründe für ihre Feindschaft kaum anzugeben; was sie nach dieser Richtung vorbringen, sind nur Scheingründe; sie kämpfen für Unberücksichtigung des Menschheitsprinzips. Sie weisen auf die schrecklichen — Konsequenzen hin. Der geschäftliche Zehnjundentag für Arbeiterinnen sei der Vorläufer für den zehnjundigen Maximalarbeitszeit überhaupt, so künden sie warnend und beschwörend an. Wie kurzschichtig die Leute sind. Wir sehen hier nicht nur den Vorläufer des allgemeinen Zehnjundentages, sondern sogar den des Achtstundentages. Aber das spricht doch nur zu seinen Gunsten. Und wie wenig die Verhandlungen auf dem erwähnten Delegiertentag von Sachlichkeit befeuert waren, beweist die ernsthaft vorgetragene und ernsthaft angenommene Bemerkung eines Redners: wenn das so weiter gehe, so erleben wir auf diese Weise die Lösung eines der interesselosesten physiologischen Probleme, daß man nämlich schließlich in fünf Minuten dasselbe Maß von Arbeit leisten kann wie in zwölf Stunden! Also sprach ein — Regierungsrat als Referent über das Thema! —

Ein anderer Redner erklärte pathetisch: In dem Moment, wo Sie den intelligenten, vorwärts strebenden Arbeiter, der sich vorwärts bringen will, geistlich behindern, mehr zu leisten als den Durchschnitt, wird die Leistung immer weiter heruntergehen. Dann haben wir zunächst nur noch Durchschnittsleistungen, und schließlich kommen wir mit dem Durchschnitt immer weiter herunter.

Man kann die Forderung des Zehnjundentages kaum besser begründen, als wenn man solche gegnerischen Argumente — für die Forderung registriert. Daß 3 W die Qualität des geschäftlichen Arbeiters durch Verkürzung der Arbeitszeit auf das Durchschnittsniveau herabsetzt, ist eine funktionslose Erfindung, die sehr neu ist, weil sie aller Erfahrung widerspricht. In der Praxis ist es heute so, daß der minder geschickte Arbeiter versucht, durch Verlängerung der Arbeitszeit an die Leistung des geschickteren Kollegen heranzukommen. Bei einer gleichen Arbeitszeit für alle würde gerade die größere Produktivität des Geschickteren zur Geltung

kommen. Daß aber auch die Leistungsfähigkeit aller Arbeiter bei Verkürzung der Arbeitszeit sich steigert, das wurde zum Aerger und Jorn verschiedener „Schleifer“ sogar auf dem Delegiertentag der Zentralverbände offen ausgesprochen. Wenn verschiedene Leute nicht vor dem Terrorismus des Verbandes zurückgedrückt, würde die Forderung des Zehnjundentages wohl noch mancher offenen Freunde aus dem feindlichen Lager gewinnen. Geradezu charakteristisch sind die bezüglichen Bemerkungen des Herrn Kommerzienrats Sartorius-Wiesefeld. Der Herr sagte nach dem amtlichen Protokoll:

Meine Herren, ich bin heute hier als Delegierter des Verbandes Deutscher Leinwandindustrieller, und als solcher muß ich mich für den Antrag aussprechen, wie er vom Zentralverbande gestellt ist. Ich bin aber auch hier als Direktor der Ravensberger Flachspinnerei in Wiesefeld, und als solcher muß ich mich auf das entschiedenste für den zehnjundigen Arbeitstag aussprechen, und ich wünsche, daß derselbe möglichst bald gesetzlich eingeführt wird.

Ich bin jetzt 34 Jahre in meiner Stellung bei der Ravensberger Spinnerei. In diesen 34 Jahren ist die Arbeitszeit schon zweimal reduziert worden, und meine Produktion ist heute um 50 Proz. höher, als ich sie angefangen habe bei dem Eintritt in meine Stellung, und über jede vorübergehende durch Reduktion der Arbeitszeit verminderte Produktion bin ich allemal wieder hinweggekommen.

Aber, meine Herren, ich kann auch nicht umhin, zu sagen, daß eine Verminderung der Arbeitszeit auch die Leistung des Menschen steigert. (Kommerzienrat Schlumberger: Nein!) Die Erfahrung habe ich immer gemacht. Ich habe sie durch lange Jahre gemacht und muß dabei bleiben.

Ganz anders verhält es sich aber bei unseren männlichen Arbeitern. Wir haben nämlich ganze Abteilungen, worin wir nur männliche Arbeiter beschäftigen. Das ist vorzugsweise die Handweberei. Da haben wir nur männliche Arbeiter, und zwar nur erwachsene männliche Arbeiter. Ja, die könnten viel mehr leisten, als sie leisten. (Weiterle.) Das ist gar keine Frage, und wenn die eine kürzere Arbeitszeit haben, so bringen sie gerade soviel fertig. Die halbe Stunde werden sie gar nicht spüren.

Also der Praktiker, der aus Erfahrung spricht, konstatiert eine Steigerung der Leistungsfähigkeit. Was haben dagegen die Feinde des Zehnjundentages zu sagen? Der bekannte Herr Schlumberger meinte gutherzig und freiheitsbegeistert:

Wenn eine gesunde, starke Frau es für richtig hält, elf Stunden zu arbeiten, so sollte es ihr auch erlaubt werden, elf Stunden zu arbeiten.

Das Prinzip, das für uns maßgebend sein muß, ist die Freiheit in der Betätigung der eigenen, menschlichen Kraft. Und als sehr edler Menschenfreund stellte sich Herr Vorgesand Hamburg vor; er bemerkte unter anderem:

Wenn ich nun in der Zeit gesteigerter Arbeitstätigkeit die Frauen 18 Stunden arbeiten lassen will — und das muß ich, um die vielen Aufträge, die beim Eintreten der besseren Jahreszeit von der Kundschaft einlaufen, ausführen zu können...

Aber alles Donnern und Betteln hilft doch nicht. Immer mehr kommen die Unternehmer zur Einsicht, daß sie mit vernünftiger Einschränkung der Arbeitszeit ihrem Interesse selbst am besten dienen. Selbst im Ausschuss des Zentralverbandes fanden sich bereits zwei Stimmen gegen die oben angezogene Protestresolution. Die Elemente, welche einer vernünftigen Sozialpolitik lebhaft aus dem rückfälligen Prinzip des Herrenrechtes sich entgegenstemmen, werden schließlich den Wagen doch über sich hinwegrollen lassen; dazu ist allerdings notwendig, daß die Arbeiterkraft und in der vorliegenden Frage speziell die Frauen durch Anspannung aller Zug- und Treidkräfte dem Wagen einen kräftigen Antrieb geben.

Eingegangene Druckschriften.

Von der „Neuen Zeit“ (Stuttgart, Paul Singer) ist Jochen das 15. Heft des 24. Jahrganges erschienen. Aus dem Inhalt des Heftes haben wir hervor: Revolutionsphilosophie. — Die Ursachen des Gottesglaubens. Von Paul Lafargue. — Der englische Regierungswechsel. Von R. Beer. — Reaktionäre Wahlrechtsführer. Von Otto Stollen (Hamburg). — Staatliches zum Recht auf Mutterchaft. Von Franz Wortman. — Heinrich Heine und die Ideologie vom „Abel“. Von Janus. Eine russische Armeeerzählung. Literarische Rundschau: Verfassungs- und Verwaltungsorganisationen der Städte. Von ad. br. A. Hettner. Das europäische Ausland. Von K. K. Die „Neue Zeit“ erscheint wöchentlich einmal und ist durch alle Buchhandlungen, Postämter und Kolportage zum Preise von 2,25 M. pro Quartal zu beziehen; jedoch kann dieselbe bei der Post nur pro Quartal abonniert werden. Das einzelne Heft kostet 25 Pf. Problemnummern stehen jederzeit zur Verfügung.

Von der „Gleichheit“, Zeitschrift für die Interessen der Arbeiterinnen (Stuttgart, Verlag von Paul Singer), ist und Jochen Nr. 1 des 16. Jahrganges zugegangen. Aus dem Inhalt dieser Nummer haben wir hervor: Einladung zum Abonnement. — Neujahrsbetrachtung. Von H. Bebel. — Das Attentat auf die preussische Volksschule. Von Heinrich Schulz. — Die Konferenz der Bäcker- und Backwaren- und Arbeiterinnen. — Hoch- und die zehn Gebote für die Männer. Von Heinrich Schulz. — Aus der Bewegung: Von der Agitation. — Von den Organisationen. — Die Bestrebungen zur Förderung der proletarischen Jugendbildung. — Die Behörden im Kampfe gegen die proletarischen Frauen. — Politische Rundschau. Von G. L. — Gemischthilfliche Rundschau. — Kollagen: Sozialistische Frauenbewegung im Ausland. — Arbeitsbedingungen der Arbeiterinnen. — Soziale Gesetzgebung. — Revisionen: Silvesternacht. Von Otto Reille. (Gedicht). — Trommelklang. Stütze von Heinz Todote. — Vom Sozial zu Dabel. Von Otto Erich Hartleben. (Gedicht).

Frauen-Beilage: Neujahr. Von Gábor Jászkó. (Gedicht). — Von Franziska Kinderhülle. Von Franz Diederich. — Abendlied. Von Gottfried Keller. (Gedicht). — Unter Heim. Von H. O. — Die Mutter als Erzieherin. Von h. sch. — Frühlingsglaube. Von Gottfried Keller. (Gedicht).

Die „Gleichheit“ erscheint alle 14 Tage einmal. Preis der Nummer 10 Pf., durch die Post bezogen beträgt der Abonnementpreis vierteljährlich ohne Postgeld 35 Pf., unter Kreuzband 35 Pf. Jahresabonnement 2,50 M.

Der „Wahre Jacob“ hat Jochen die erste Nummer seines 23. Jahrganges erscheinen lassen. Wir erwähnen aus derselben die beiden farbigen Bilder „Die Neujahrskarte“ und „Am Reichstag“, sowie die Illustrationen „Aus der Zentrumsbücherei“, „Katholische Großkirchen“, „Der triebliche Deutsche“, „Der Sultan und die Räuber“, „Freudenschall“, „Kritik“, „Am neuen Kampfesjahr“, „Ein Wintertag“ von D. C. Van, mit Gedicht von Ludwig Lehmann, „Der schenke Sozialist“ und „Eine schreckliche Begebenheit“. Der textliche Teil bringt die Gedichte „Spießbürgers Klage über die neuen Feilsänger“, „Die Supprebidat“, „Tredner“, „Ganze Fragen an das Schicksal“, „Der größte Staatsmann“, „Trognoje“, sowie außer zahlreichen kleinen Beiträgen die satirischen Feuilletons „Wälons Jammersgumml“, „Zur Rottenpolitik“, die regelmäßige Spalte von „Johannis Raute“ und eine Neujahrskarte des Redigierers a. D. Burjler in München. Der Preis der 12 Seiten starken Nummer ist 10 Pf.

M. Witt. Deutschland und Frankreich. 24 Seiten. Selbstverlag, Hamburg VII.

Dr. R. Lebermann. Reichen die bisherigen Bestimmungen des Krankenversicherungsgesetzes zur Heilung von Geschlechtskranken aus? Verlag J. W. Barth, Leipzig.

Wasserstand am 6. Januar. Elbe bei Ruffig 0,20 Meter, bei Dresden — 1,66 Meter, bei Wagsburg + 1,24 Meter. — Unstrut bei Straußfurt + 1,10 Meter. — Oder bei Rathow + 1,26 Meter, bei Seeblau Oberpegel + 4,78 Meter, bei Breslau Unterpegel — 1,62 Meter, bei Frankfurt + 1,50 Meter. — Weichsel bei Weßmaründe + 3,16 Meter. — Warthe bei Posen — Meter. — Rega bei Ulf — Meter.

Briefkasten der Redaktion.

R. A. L. Erhöhen Sie beim Bogenschütze.

Vorort

Beilage des „Vorwärts“ Berliner Volksblatt

Redaktion und Expedition:
Berlin, Lindenstr. 69. Fernsprecher: Amt 17, 1983.

Nr. 6. Dienstag, den 9. Januar 1906.

Inserate sechsgepaltene Kolonelleile 20 Pfg.
Bei größeren Aufträgen entsprechender Rabatt.

Der Zahlabend für Berlin und Vororte findet am Mittwoch statt.

Partei-Angelegenheiten.

Genossen und Genossinnen!

Am Sonntag, den 21. Januar, 12 Uhr mittags, finden in Berlin und den Vororten die Protestversammlungen gegen das Dreiklassenwahlrecht zum preussischen Landtage statt.

Wir bitten Partei und Gewerkschaften zu diesem Zeitpunkt keinerlei andere Veranstaltungen vorzunehmen, damit die Einheitlichkeit der Aktion gewahrt bleibt und ein Massenbesuch dieser Versammlungen ermöglicht wird.

Der Aktions-Ausschuss.

Zur Lokalliste. Grünau. Am 13. d. M. hält die freiwillige Feuerwehr ihr Stiftungsfest im Buchholzischen Lokal ab, desgleichen veranstaltet am 20. d. M. der Verband der Eisenbahner im Restaurant „Jägerhaus“ einen Maskenball. Beide Lokale stehen der Arbeiterschaft nicht zur Verfügung, es sind deshalb etwa angebotene Wickets zu obigen Vergnügen entzogen zurückzugeben. Die Lokalkommission.

Charlottenburg. Heute Dienstag, abends 8 1/2 Uhr: Generalversammlung des Wahlvereins im Volkshaus, Köpenickerstr. 3. Auf der Tagesordnung steht: Berichterstattung des Vorstandes und der Funktionäre und Neuwahl derselben; ferner findet die Diskussion über die letzte Stadtverordnetenwahl vom November 1905 statt. Zu der am 17. Januar stattfindenden Vorstellung „Kastanien“ sind Wickets für die Mitglieder in den Bezirkslokalen sowie in den Zahlstellen der hiesigen Freien Volkshäuser zu haben.

Wilhelmsruh. Heute abend 8 1/2 Uhr: Mitgliederversammlung des Wahlvereins bei Vaader, Kronprinzenstr. 14. Tagesordnung: 1. Die Gemeindevahlen; Wahl eines Komitees, 2. Vereinsangelegenheiten.

Nordend. Mittwoch, den 10. Januar, abends 8 1/2 Uhr: Tagung des Wahlvereins bei Krieg, Kastanien-Allee. Tagesordnung: 1. Die Gemeindevahlen, 2. Vereinsangelegenheiten.

Spandau. Am Mittwoch, den 10. Januar, abends 8 Uhr, findet bei Kunkle, Schönwalderstr. 80, eine öffentliche Protestversammlung gegen die Erhöhung der Tabaksteuer statt. Das Erscheinen sämtlicher Interessenten sowie Arbeiter ist dringend notwendig.

Tempelhof. Zu der morgigen Generalversammlung des Wahlvereins bei Müller, Berlinerstr. 41/42, zu erscheinen, ist Pflicht eines jeden Mitglieds. Da wichtige Mitteilungen gemacht werden, sei jeder pünktlich abends 8 Uhr zur Stelle.

Treptow-Daumshuldenweg. Die Mitglieder werden dringend ersucht, zu dem morgen Mittwoch in den bekannten Lokalen stattfindenden Zahlabend mit ihren Mitgliedsbüchern zu erscheinen.

Der Vorstand.

Sozialdemokratischer Wahlverein Groß-Lichterfelde-Bantow. Morgen abend 8 Uhr bei Reisen, Chausseestr. 104: Vereinsversammlung. Tagesordnung: Vortrag des Genossen Dittmer über „Darwinismus und Arbeiterschaft“. Vereinsangelegenheiten. Der Vorstand.

Vorort-Nachrichten.

Wahlen zu den Gemeindevertretungen

finden im März dieses Jahres in vielen Gemeinden der beiden Kreise Niederbarnim und Teltow-Beeskow statt. Wollen wir bei diesen Wahlen Erfolge erzielen, so müssen rechtzeitig die Vorbereitungen dazu getroffen werden. Zu diesen Vorbereitungen gehört in erster Linie, daß sich jeder Wähler vergewissert, daß er in die Wählerliste eingetragen ist. Wer nicht in der Wählerliste steht, darf nicht wählen. Das Wahlrecht, das der bestqualifizierte Klasse zusteht, ist ein Klassenwahlrecht. Die Wähler sind in Abteilungen eingeteilt. Bei dieser Einteilung entscheidet das Einkommen. Die arbeitende Klasse gehört der dritten Abteilung an und hat nur in dieser Klasse Einfluß. Diesen bedingten Einfluß auf die Zusammensetzung der Gemeindevertretungen mit aller Entschiedenheit geltend zu machen, ist eine heilige Pflicht der Arbeiterschaft. Das kann aber nur geschehen, wenn dafür Sorge getragen wird, daß jeder Wähler in der Wählerliste steht. Keine Stimme darf uns durch Nachlässigkeit verloren gehen. Die Wählerlisten liegen in der Zeit vom

15. bis 30. Januar

aus.

In Bantow liegen die Wählerlisten von 8—3 Uhr im Rathaus zur Einsicht aus.

Listen zum Einzeichnen der Wähler werden in folgenden Lokalen ausgelegt werden: Restaurant Griffl, Kaiser Friedrichstr. 15; Restaurant Müller, Berlinerstr. 86; Restaurant A. Hendroth, Mühlentstr. 25; Restaurant Clemen, Wollankstr. 123; Restaurant Buge, Schulstr. 28; Restaurant Wolf, Wollankstr. 23; Vorwärts-Expedition von Georg Freiwaldt, Hlostr. 60.

Reinickendorf. Genossen! Auch in unserem Ort finden im März Gemeindevahlen statt. Es versäume daher niemand, die vom 15.—30. Januar im Rathaus ausliegende Gemeindevählerliste einzusehen. Wer nicht in der Wählerliste steht, geht seines Wahlrechts verlustig. Für diejenigen, welche die Listen nicht persönlich einsehen können, haben sich die Nachfolgenden bereit erklärt, die Listen einzusehen: W. Bohn, Gesellschaftsstr. 33; R. Holten, Gesellschaftsstr. 42; D. Scholz, Provinzstr. 7; E. Bohmuth, Provinzstr. 108; E. Kirsch, Marktstr. 1/2; Klähn, Residenzstr. 31; Nicolai, Residenzstr. 137; Reinhardt, Hauptstr. 50/51; Brüdner, Provinzstr. 82; Schiller, Provinzstr. 79; Wolfram, Hausdörferstr. 43;

Beirat, Provinzstraße Ecke Bürgerstraße; Gründer, Hoppestraße 24; Gehre, Nordbahnstr. 11. Der Vorstand.

Groß-Lichterfelde. Die Wählerliste für die Wahlen zur Gemeindevertretung in Groß-Lichterfelde liegt vom 15. bis einschließlich 30. Januar 1906 im hiesigen Gemeindebureau (Schillerstraße 32), Zimmer 8, zur öffentlichen Kenntnis aus. Während dieser Zeit kann jeder Stimmberechtigte gegen die Richtigkeit dieser Liste bei dem Gemeindevorsteher Einspruch erheben.

Schöneberg.

Die Stadtverordneten-Wahlwahlen

im zweiten, sechsten und achten Bezirk der dritten Abteilung in Schöneberg finden am kommenden Donnerstag, den 11. Januar, von vormittags 11 Uhr bis abends 8 Uhr statt. Es sind also nur noch wenige Tage, die von den Parteigenossen voll ausgenutzt werden müssen, damit die Niederlage der bürgerlichen Parteien eine noch größere werde, wie bei den Hauptwahlen am 2. November vorigen Jahres. Die „Bürgerlichen“ werden nichts unversucht lassen, um die damalige Schluppe wieder weit zu machen. Die Mittelstandsvereiner, die Katholiken, kurz alles Mögliche wird in Bewegung gesetzt, um den Sieg den bürgerlichen Parteien zuzuführen. Die tonangebende Rolle spielt wie immer der Haus- und Grundbesitzerverein. Unsere Parteigenossen werden gewiß alles daran setzen, um den „Brügerlichen“ alle Aussichten auf einen Erfolg zu verderben. Man hofft ferner, daß die Arbeiterschaft durch öfteres Wählen erlahmen werde; zeigen wir aber, daß das Gegenteil der Fall ist, zeigen wir auch durch eine weitere Erhöhung unserer Stimmzahl, daß die dritte Abteilung nur der Sozialdemokratie gehört. Jeder Wähler, der bisher der Wahl teilnahmslos gegenüberstand muß aufgerüttelt und an seine Pflichten erinnert werden. Tue also ein jeder seine Schuldigkeit, dann werden am 11. Januar wir die Sieger sein.

Wahlberechtigt sind alle diejenigen, die bis zum August vorigen Jahres in einem der drei Bezirke gewohnt haben und in die Wählerliste eingetragen sind, auch wenn sie nach dieser aus dem Bezirk verzogen sind.

Die Mitgliederversammlung des sozialdemokratischen Wahlvereins Schöneberg am 5. Januar beschäftigte sich mit den am 11. Januar stattfindenden Stadtverordnetenwahlen im 2., 6. und 8. Bezirk. Stadtverordneter Genosse Ost referierte über: „Unsere Aufgaben im Stadtparlament“. Rückblickend auf die letzten Wahlen konstatierte er, daß es uns trotz des erfreulichen Stimmzuwachses nicht möglich gewesen war, unseren Besitzstand im „roten Hause“ zu erhöhen. Der Grund hierfür ergebe sich aus der Hausbesitzerkalamität, jenem Zustande, der seine Ursache in der Wahlgeseßbestimmung habe, durch welche die Vertretung des Geldsackes in den Kommunen privilegiert werde. Referent unterzog dieses Wahlsystem einer scharfen Kritik und ging dann auf die Tätigkeit des Stadtverordnetenkollegiums im vergangenen Jahre ein. Durch die Art der Behandlung wichtiger Angelegenheiten, als Krankenhausbau, Badeanstalten usw., wies er die Unzuverlässigkeit der bürgerlichen Stadtväter auf allen Gebieten der Stadtverwaltung nach. Hieraus ergebe sich für die Schöneberger Arbeiterschaft die Notwendigkeit, mit aller Energie zu versuchen, durch eine möglichst große Zahl ihrer Vertreter Einfluß im Stadtparlament zu erlangen. Sätze der Genossen sei es, durch eifriges Mitwirken an den Wahlarbeiten sowie durch unermüdbare Agitation von Mund zu Mund dafür zu sorgen, daß der 11. Januar ein Siegestag werde.

An der Diskussion beteiligten sich die Genossen Künke, Klein, Müller, Hoffmann. Sodann wurden einstimmig als Kandidaten aufgestellt für den 2. Bezirk Genosse Ost, für den 6. Bezirk Genosse Wagnan, für den 8. Bezirk Genosse Wolfram. Der Vorsitzende machte auf die beiden Flugblattverbreitungen zur Wahl aufmerksam. Am Mittwoch, den 10. Januar findet noch eine solche statt. — Ferner wies er auf die beiden Demonstrationen in Schöneberg bei Ost und im „Kuhhaus“ am 21. Januar hin, sowie auf die Flugblattverbreitung hierzu am 14. Januar. — Aufgenommen in den Verein wurden 70 Genossen, zur Abmeldung gelangten 16.

Storfow.

Die Drohung mit einem Massenaustritt aus der evangelischen Landeskirche, welche kürzlich von Einwohnern des Dorfes Nieplos bei Storfow (Mark) erfolgte, um die Verletzung des dortigen Lehrers Scholz, der fast mit der gesamten Gemeinde auf gespanntem Fuße lebt, zu ermöglichen, hat bereits einen Erfolg gezeitigt. Die königliche Regierung zu Potsdam hatte am Freitag den Geheimen Regierungsrat und Schulrat Völkler nach Nieplos entsandt, um mit den Ortsbewohnern zu verhandeln. Im Schulhause fand eine von dem Superintendenten von Hoff aus Storfow geleitete Versammlung statt, welcher aber der Lehrer Scholz nicht beiwohnen konnte, weil er in Frankfurt a. O. vor der Strafkammer einen Termin wahrnehmen mußte, gegen den Kaiserliche Kasse aus Nieplos, den er wegen Verleumdung verklagt hatte, weil dieser, als er den Lehrer während der Schulzeit an seiner Scheune getroffen, geäußert hatte: „Hier steht er nun schon zehn Minuten. Das ist eine schöne Nacht.“ Es war der 18. Termin, den Scholz während der kurzen Zeit, wo er in Nieplos ist, wahrzunehmen hatte. Von den in der Versammlung Anwesenden wollte sich niemand auch nur zu dem geringsten Entgegenkommen gegen den Lehrer verstehen, alle baten um dessen Verlegung. Die Frage, ob sie wirklich aus der Landeskirche ausscheiden wollten, beantworteten alle, mit Ausnahme eines Einwohners, mit „Ja“. Dem Lehrer Scholz wurde vorläufig die Strafverfolgung entzogen, auch soll er gegen Gemeindeglieder fortan nicht eher eine Anzeige erheben dürfen, ehe er den Sachverhalt nicht dem Ortschulinspektor unterbreitet hat.

Lichtenberg.

Die hiesigen Verkaufsstellen des Berliner Konsumvereins in der Kronprinzenstr. 1 und Frankfurter Chaussee 103 leiden immer noch sehr unter zu schwacher Beteiligung der Be-

tracht kommenden Bevölkerung. So hat die letztere Verkaufsstelle nicht einmal im Weihnachtsmonat einen Umsatz von 3000 M. erreicht, während die erstere es auf knapp 3500 M. brachte. Allerdings muß zugegeben werden, daß die Umsatzsteigerung in der Kronprinzenstraße beträchtlicher ist als früher in der Mainzerstraße, aber bei der fast ausschließlichen Arbeiterbevölkerung Lichtenbergs müßten die Mitglieder- und Umsatzziffern im Konsumverein ganz bedeutend höher sein, zumal doch die Beitrittsbedingungen äußerst bequem und mit keinerlei Risiko verbunden sind.

Spandau.

Auffehen erregende Hausdurchsuchungen hat die Kriminalpolizei in Spandau in der vorigen Woche auf Anordnung des Untersuchungsrichters am Landgericht Posen bei mehreren durchweg unbescholtenen Einwohnern vorgenommen. Es wurde von den Beamten nach Gewehren, Gewehrteilen und Patronen geforscht sowie nach Briefschaften, die sich auf den Erwerb dieser Gegenstände bezogen. Was von diesen Dingen in den Wohnungen der von der auffälligen Maßregel betroffenen Leute borgefunden wurde, ist beschlagnahmt worden. Die fraglichen Waffen nebst Munition waren früher militärisches Eigentum und sind außer Dienst gestellt worden; die Untersuchung der Gerichtsbehörde bezweckt dem Vernehmen nach festzustellen, ob bei Veräußerung der Gegenstände korrekt verfahren worden ist.

Rixdorf.

Der letzte Ausweg. Wegen Arbeitslosigkeit Selbstmord verübt hat gestern der 61jährige Maurer Eduard Richter, welcher bei einer Familie F. in der Pannierstr. 31 in Schlafstelle wohnte. Seit etwa vier Wochen war R. arbeitslos gewesen und trotz aller Bemühungen gelang es ihm nicht, wieder Beschäftigung zu finden. Der Kermis war schließlich vollständig mittellos und mußte die größte Not leiden. Gestern machte R. seinem traurigen Dasein gewaltiam ein Ende. Er erhängte sich im Hausflur an der zum Keller führenden Treppe. Hausbewohner fanden ihn später als Leiche vor.

Potsdam.

Zu den unerfreulichen Neujahrserwartungen gehörten für eine ganze Reihe der Mieter von kleinen Wohnungen in Potsdam die Steigerung der Mieten. Bei dem Mangel an einigermaßen brauchbaren Wohnungen für die arbeitende Bevölkerung ziehen es die mit dem hauswirtschaftlichen Neujahrsgruß Bedachten notgedrungen vor, die verlangte Erhöhung des schon bisher durchaus nicht niedrigen Mietzinses zu zahlen, um der Sorge um eine neue Wohnung entgehen zu sein. Daß durch diese Steigerung der Wohnungsmiete eine abermalige Einschränkung der schon an und für sich niedrigen Lebenshaltung der Potsdamer Arbeiterschaft notwendig wird, ist eine Tatsache, die bei den teuren Lebensverhältnissen infolge der Schlichtsteuer usw. keines besonderen Beweises bedarf. Und daß die Hauswirte durchaus nicht „Heinlich“ bei der Erhöhung ihrer Einkünfte vorgegangen sind, geht daraus hervor, daß die Mieten in einzelnen Fällen bis zu 20 Proz. gesteigert wurden. — Erhebend wirkt es dabei, wenn diese großstädtische Steigerung der Mieten den — „hohen“ Löhnen der Arbeiter in die Schuhe geschoben wird.

Berliner Nachrichten.

Die man in Berlin die Krankenhausnot „beseitigt“, das wird wieder einmal verraten in dem das Stadsjahr 1904 behandelnden Bericht über das städtische Krankenhaus am Urban, den jetzt der Magistrat durch das „Gemeindeblatt“ veröffentlicht. In den Erläuterungen zu den Tabellen der inneren Abteilung II hebt der dirigierende Arzt Dr. Plehn hervor, daß im Spätsommer und Herbst 1904 die Scharlachkrankungen eine beträchtliche Vermehrung erlitten und in schweren Formen auftraten. Das kommt in den Tabellen über die Aufnahmen nur deshalb weniger zum Ausdruck, weil die betreffende Abteilung zu jener Zeit so stark belegt war, daß nur Schwererkrankte aufgenommen werden konnten. Daraus erklärt P. auch die ungewöhnlich hohe Mortalität: es starben bei ihm 49 von 195 in Abgang gekommenen Scharlachkranken, also rund 25 Proz. 13 Kranke starben noch am Aufnahme-Tag, 6 andere am Tage nach der Aufnahme. Derselbe Dr. Plehn hatte in seinem Bericht über das Stadsjahr 1903 gesagt, die Erzielung besserer Heilungsergebnisse werde dadurch sehr erschwert, daß ein großer Teil der Kranken erst in den letzten Stadien — man könnte fast sagen: nur zum Sterben — ins Krankenhaus gebracht wird. In dem Bericht über 1904 enthält diesmal auch der Abschnitt über die äußere Abteilung, die vom Direktor Professor Körle und dem Oberarzt Dr. Brentano versorgt wird, einen Hinweis auf die „andauernd starke“ Belegung. Um für Schwererkrankte und Verletzte stets Betten frei zu bekommen, habe man auch in diesem Jahre vielfach dazu greifen müssen, Patienten vorzeitig nach Hause zu entlassen und sie nur noch zum Verbinden ins Krankenhaus zu bestellen. Wenn in der Stadtverordneten-Versammlung von unseren Genossen auf diese Zustände und die hier angedeutete Art der „Abhilfe“ hingewiesen wird, dann erklärt man drüben bei den Freisinnigen, das sei Liebertreibung. Es ist nur gut, daß wenigstens die Ärzte nicht verleumert haben, die Wahrheit zu sagen.

Ein tragischer Unglücksfall hat sich am Sonnabend spät abends auf dem Kettlederplatz ereignet. Der 46jährige Kollutscher Wilhelm Nowall, Kollbergerstraße 14 wohnhaft, hatte auf seinem Wagen, mit dem er den Kettlederplatz kreuzte, ein Geburtstagsgeschenk für seine Frau, das er ihr noch am Abend überreichen wollte, zu liegen. Als er mit dem Gefährt in die Reinickendorferstraße einbiegen wollte, stieß der Straßenbahnwagen Nr. 1570 der Linie 34, von der Haltestelle abfahrend, mit dem Fuhrwerk zusammen. R. wurde vom Bod heruntergeschleudert und geriet unter den eigenen Wagen, dessen Räder ihm von der rechten Hand vier Finger abfuhren. Der Verdauernswerte wurde nach dem Krankenhaus in Roabit gebracht, wo sofort ein operativer Eingriff vorgenommen werden mußte. Mit dem Ueberreichen des Geburtstagsgeschenkens war es nun nicht.

Durch einen Omnibus totgefahren wurde in der Nacht zum gestrigen Montag der sechzigjährige Droschkenfahrer Max Dehle aus der Kreuzbergstr. 54. Am Halleschen Tor war D. vom Bod

Herabgestiegen, um an dem Pferdegesähr etwas in Ordnung zu bringen. Er geriet dabei an einen vorüberfahrenden Daimler heran, wurde zu Boden geworfen und überfahren. D. erlitt einen schweren Schädelbruch und starb auf dem Transport nach dem Krankenhaus.

Ein Skandal aus der Lebwelt. Ein Kaufmann Karl Christ, der in Josen lebt, hatte vom 1. Juni v. J. an in dem Hause Tempelhofer Ufer Nr. 35 im Erdgeschoss eine Wohnung von fünf Zimmern, für die er das Jahr 1600 M. zahlte. Er selbst benutzte sie nicht, kam vielmehr nur an jedem Monatsersten hierher und bezahlte die Miete. Seine 32 Jahre alte Frau Emma, eine stattliche blonde Schönheit, teilte die Räume mit dem 31 Jahre alten früheren Studenten der Chemie, Eugen v. Steuben, der früher einmal 1 1/2 Jahre in einer Irrenanstalt war. v. Steuben ist verheiratet und steht unter Kuratel. Seine Frau wohnt in London. Frau Christ, mit der er schon länger ein Verhältnis hatte, meldete ihn bei dem Hausverwalter als Kaufmann Fischer an. Die schöne Frau empfing in ihrer Wohnung, deren Einrichtung 15 000 Mark kostete, sehr viele Herren aus den „feinsten“ Kreisen. In der letzten Zeit hatte Herr v. Steuben wohl das Gefühl, daß seine Geliebte seiner überdrüssig sei, während sie früher mit ihm schöne Reisen, besonders nach Monte Carlo, gemacht und die ersten Berliner Restaurants besucht hatte. Das erregte seine Eifersucht. Sie steigerte sich zur Tobsucht, als Frau Christ große Einkäufe machte, die auf Verleumdungen schließen ließen, von denen sie ihm nichts sagte. In der Nacht zum 2. Januar kam bei dem Geliebten der schönen Frau die Wut zum Ausbruch. Morgens um 4 Uhr stand er auf und schlug alles kurz und klein. Kostbare Uhren und andere Kunstgegenstände gingen in Scherben, schöne Gobelins und Bilder zertrümmert, so um ihr mit dem Rasiermesser den Hals abzuschneiden. Frau Christ entfloh durch ein Fenster und holte mit dem Förster, den der Lärm geweckt hatte, die Polizei. Drei Schußwunden hatten Mähle, den Wütenden zu händigen und nach der Wache zu bringen. Dort beschuldigte v. Steuben Frau Christ, daß sie mit vielen Herren der Gesellschaft lügend und außerdem gewerbsmäßig Kuppel betriebe habe. Frau Christ, die ebenfalls in Gewahrsam genommen wurde, erklärte alle Anschuldigungen gegen sie, soweit sie die Kuppel betreffen, für unbegründet. Daß sie auch Herzebrüche, auch aus sehr hohen Kreisen, empfangen hat, kann sie nicht bestreiten. Das wüßte man auch im Hause, während Damenbesuch nicht aufgefallen ist. Einstweilen wurde die Angebeschuldigte wieder auf freien Fuß gesetzt. Sie verließ Berlin und wird schließlich wieder zurückkehren. v. Steuben wurde als gemeingefährlich nach der Irrenanstalt Herzberge gebracht.

Die Verhaftung eines Kreditwindlers, welcher zahlreiche Firmen geschädigt hat, ist der Kriminalpolizei gelungen. Der gefährliche Lurche war früher einmal bei dem Speditur R. als Aufsicht angestellt gewesen. Die Erfahrungen, welche er in dieser Stellung erwarb, machte er sich bei seinen betrügerischen Manipulationen zu nuge. Er lockte Geschäftsteilnehmer unter der Vorspiegelung, für seinen Chef Waren auf dem Güterbahnhof auszuliefern zu müssen, teilweise recht erhebliche Geldbeträge ab. Festgestellt sind bereits 12 derartige Betrugsfälle. Der Schwindler ist jetzt von der Polizei in der Person des arbeitslosen Kaufmanns Rambol ermittelt und verhaftet worden.

Der Renommierarbeiter Friedrich Weisenborn, der zum vergangenen Sonnabend nach dem Arminhallen mit großen Worten eine „Große öffentliche Volksversammlung“ angekündigt hatte, in der er für W. Feinwig Eintrittsgeld kämpfen wollte gegen die „revolutionären Maulhelden Nebel-Singer-Nehring, die Preger und Verführer der deutschen Arbeiter“, hat es in seinem Mute vorgezogen, sich von der so pomphaft angekündigten Versammlung am Sonnabend zu drücken und lieber zu Hause zu bleiben. Ein Besucher dieser Versammlung, der unsere Sonnabendnotiz noch nicht gelesen hatte und auf den ihm in die Hand gedrückt Kellameister hineinfiel, schied uns über den Verlauf dieser Versammlung eine Zurecht, der wir folgendes entnehmen: Es waren etwa 100 Personen anwesend. Als um 1/10 Uhr die Versammlung noch nicht begann, machte sich starke Unruhe bemerkbar und einige junge Herrchen mit richtig hohen Stiefeln nahmen auf dem Podium Platz. Einer derselben eröffnete die „Fest“-Versammlung — so drückte er sich aus — und erteilte gleich dem Referenten das Wort. Weil seine Bureauwahl stotterte, erhob sich lautes Verlangen danach; schließlich aber ließ man den Mann reden. Zunächst teilte er mit, daß Herr Friedrich Weisenborn einen Brief geschrieben habe, „er schäme sich in die Versammlung zu kommen, weil der „Vorwärts“ ihn in einem Artikel am Sonnabend verurteilt habe.“ (Große Heiterkeit.) Die Versammelten verlangten nun nach dem Referenten Berger-Deedens, der als Redner angekündigt war, erhielten aber keine Antwort. Alles hier: „Den gibt's ja gar nicht!“ „Ja ja nur Kellameister!“ usw. Der Redner erklärte, daß er über Punkt 1 nicht sprechen werde, auch nicht über den zweiten und ebensowenig über den dritten Punkt. Darum entstand großer Tumult. Alles verlangte das Eintrittsgeld zurück. Das war aber schon in Sicherheit gebracht. Die Anwesenden schrien: Hochkapler, Betrüger, Schwindler, aber die Arrangements schienen sich auf die Polizei zu verlassen. Der „Redner“ wollte nun das Thema: „Das schlafende Berlin“ behandeln und erzählte das blühendste Zeug unter dem größten Schlächter der Versammlungsbesucher. An allem sind die Juden schuld, an der russischen Revolution, an den schlechten wirtschaftlichen Verhältnissen usw. Ein Däne vertieft mehr von der Elektricität als dieser junge Mensch von der Politik. Ein solch wirres Zeug habe ich in Berlin noch nicht gehört. Ein Viertelstundenlang liefen wir uns diesen Mumpstier gefallen, dann aber ging die Geduld aus, der „Redner“ mußte aufhören zu reden. Ein Herr nannte die jungen Herren dumme Jungen, Schwindler; Polizei und Gericht müßten da einschreiten, das sei unlaute der Wettbewerb. Für die 20 Feinwig sollten sich die Verantwortlichen büßen lassen und ihren grünen Schnabel damit stopfen. Ein anderer rühte die Person Friedrich Weisenborns ins rechte Licht und hielt es für unverzeihlich, solches Blech anzuhören, er forderte zum Verlassen des Saales auf, zunächst aber das Geld zurückzubekommen. Damit schritt alles nach der Wache und nahm eine drohende Haltung an. Jeder fühlte sich betrogen. Es entstand ein großer Lärm, darauf hörte man Rufe wie: Wülfelgefindel, Schwindler, Euch gehören Ohreigen usw. Schließlich machte der Wirt unter Hinweis auf den Hausfriedensbruchparagrafen der Sache ein Ende. Vorher war noch eine Resolution angenommen worden, in der die Veranstalter als Schwindler und Betrüger gekennzeichnet wurden.

Aus dieser Darstellung des Verlaufs dieser Versammlung erhellt aufs Klarste, wie recht die Leute eingeschätzt hatten, als wir sagten, daß es ihnen nur um die zwanzig Feinwige Eintrittsgeld zu tun sei. Charakteristisch für die Beurteilung des Renommierarbeiters Friedrich Weisenborn dürfte noch sein, daß er, der frühere Bannerträger des Großen Wülfel, seinerzeit der Redaktion der „Mitteilungen aus dem Verein zur Abwehr des Antisemitismus“ Material gegen Antisemiten anbot. Natürlich wurde er keiner Antwort gewürdigt. So lassen diese Reden des Vaterlandes aus. Für Geld ist ihnen alles feil.

100 000 Mark Schulden hat der flüchtige Inhaber des Restaurants „Regensburger“ in der Potsdamerstraße hinterlassen. Unter den Geschädigten befinden sich außer den diversen Lieferanten auch diejenigen Angestellten, die auf Monatsgehalt beschäftigt wurden. Hans Regensburger ist bereits seit sechs Tagen spurlos verschwunden und konnte bis jetzt trotz der eifrigsten Nachforschungen nicht ermittelt werden. Wohin sich der Flüchtling gewandt hat, ob er Berlin verlassen oder sich noch in der Metropole befindet, ist — wie gesagt —

unbekannt. Die Motive der Flucht des in Berlin W. und NW. sehr bekannten Restaurateurs sind auf finanzielle Schwierigkeiten zurückzuführen. R. hatte seinerzeit das Restaurant „Spatenbräu“ käuflich übernommen und baute das Lokal, der modernen Reizzeit entsprechend, vollkommen um. Der Umbau des Lokals veranschlagte Millionen, und das Geschäft nicht so ging, wie es sein sollte, so hatte Regensburger schwere Kämpfe durchzumachen. Geld zur Bezahlung der Miete soll er befehlen haben. Der Betrieb wird nun von den Gläubigern provisorisch fortgesetzt. Ob später die Verwaltung des Restaurants eine Konkursverwaltung übernimmt, oder ob es verkauft wird, kann man jetzt noch nicht wissen.

Sanipolizeiliche Revisionen der älteren Gebäude des Scheunenviertels sind anlässlich des Stalleinsturzes in der Lothringstraße von der Luftschutzbehörde angeordnet worden. Es hat sich herausgestellt, daß bei den in jener Gegend noch zahlreich vertretene Fachwerkbauwerke die Balkenlagen teilweise durch und durch morsch sind. Nebenfalls werden diese Gebäude durch behördliche Anordnungen der Benutzung entzogen, soweit eine Gefährdung für Hausbewohner und Straßenpassanten vorhanden ist, die alsbaldige Abtragung der Gebäude verfügt werden.

Das Lessinghaus am Königsgraben soll geopfert werden. Der Vorsitz der städtischen Stiftungskommission hat sich einem Korrespondenten gegenüber in folgender sonderbarer Weise über den Plan ausgelassen:

Auf die Frage nach den Gründen der Preisgabe des Dichterhauses erfolgte seitens des Vorsitzers die Darlegung der Sachlage dahingehend, daß die Städtische Deputation als Verwalterin des Hauses, das der Karoline Silberstein Stiftung gehört, im Sinne der Stifterin demüßigt sein müsse, zu Unterhaltungsarbeiten möglichst viel Geld aus dem Grundstück herauszuwirtschaften, auf dem das Lessinghaus sich befindet. Für dieses Grundstück seien nun 429 999 Mark geboten und es liege im Interesse der Stiftung, dieses Angebot zu akzeptieren. Der Berliner Magistrat könne für die Erhaltung des Lessinghauses mehr tun, denn es gehöre ja nicht ihm, sondern der Stiftung. Der Magistrat könne nicht 429 999 M. für ein Grundstück ausgeben, aus dem er soviel nie herauswirtschaften würde. Nach der Grundbucheintragung sei auch nicht die Trennung des Lessinghauses von dem übrigen Grundstück möglich, wenigstens nicht ohne Genehmigung des Polizeipräsidenten. Auf die Frage, daß doch der Magistrat das Haus, das nach seiner Lage am Königsgraben für Geschäftszwecke tauglich sei, verkaufen könne, erwiderte der Vorsitz der Städtischen Deputation, daß der Magistrat so etwas nicht tun könne. Was habe er denn hier für eine „Frage“ zu lösen?

Hoffentlich finden sich Mittel und Wege, das vom kulturhistorischen Standpunkte wertvolle Haus der Nachwelt zu erhalten.

Tragische Ende eines Provinzialfahrlästers. Die Selbstmordchronik Berlins ist um einen sensationellen Fall reicher. Der 70 Jahre alte Provinzialfahrläster, Geheimregierungsrat Dr. Robert Pilger aus der Hohenzollernstr. 19, hat sich gestern abend in einem Hotel in der Krausenstraße erschossen. Kurz nach 8 Uhr hörten Hausangestellte einen Schuß fallen. Sie fanden den betagten Gast regungslos in seinem Bette liegen. Er hatte sich eine Revolverkugel in die rechte Schläfe geschossen. Die Waffe lag neben ihm. Ein Arzt konnte nur noch den Tod feststellen. Weitere Ermittlungen ergaben, daß der Verstorbene unter einem falschen Namen eingekohrt war.

In größter Lebensgefahr schwachten in der gestrigen Nacht die Passagiere der Vorortzüge auf der Schlesischen Bahn durch das verheerende Treiben von Hunden. Mehrere Burschen hatten in der Nähe der Station Köpenick zahlreiche Holzschwellen, die sie aus dem angrenzenden Wald herbeischleppten, über beide Schienenstränge hinweggelegt, um auf diese Weise die von und nach Berlin fahrenden Vorortzüge zum Entgleisen zu bringen. Unübersehbares Unheil hätte durch das gefährliche Treiben entsetzlichen Wüten, wenn die gefährlichen Hindernisse nicht noch im letzten Augenblick durch den Lokomotivführer eines nach Berlin fahrenden Zuges beseitigt worden wären. Auch in derselben Nacht haben die Attentäter auf dem Bahnhof Köpenick wie die Vandalen gehaust. Sie drangen in die auf dem abseits liegenden Gleise leerstehenden Wagen zweiter Klasse ein, zerschlugen in den Coupés die Fenster, rissen die Riemen entzwei, zerstimmten die Fensterscheiben und richteten in den einzelnen Abteilen heillose Verwüstungen an. Die rohen Gesellen sind ungehindert entkommen.

Ein großes Eisenbahnunglück ist auf der gleichen Strecke durch die Unflut eines Bahnwärters verhütet worden. Zwischen den Stationen Fehner und Rüstendal war auf den Gleisen der Fernbahn ein Schienenbruch entstanden, durch welchen mit Leichtigkeit eine Entgleisung herbeigeführt werden konnte. Der Bahnwärter setzte sofort auf telegraphischem Wege die beiden Stationen von dem Vorfalle in Kenntnis. Der Verkehr wurde darauf hin auf dem gefährdeten Gleis eingestellt und so lange eingeleitet bis nach Frankfurt a. O. aufrecht erhalten, bis jede Gefahr beseitigt war. Einzelne Züge trafen infolge dessen mit Verspätungen an ihren Bestimmungsorten ein.

Selbstmord eines Restaurateurs im Kreise seiner Gäste. Großes Aufsehen erregt auf dem Gesundbrunnen der Selbstmord des Gastwirts Gustav Falkenstein, der in der Diefenstr. 33 ein Lokal besaß. In Gegenwart seiner Gäste versuchte er sich am Sonnabend nachmittag im Restaurationszimmer zu erschließen. Der Revolver wurde dem Lebensmüden jedoch noch rechtzeitig entzogen und beseitigt. Abends kaufte sich F. wiederum eine zweite Waffe. Als er dann gegen Mitternacht im Kreise der atemungslosen Gäste sah, jog er plötzlich den neuen Revolver hervor und schoß sich, ehe man ihn diesmal daran hindern konnte, eine Kugel durch den Kopf. Im Krankenhaus Moabit ist der hartnäckige Selbstmordkandidat gestern Mittag gestorben. Familienfreigeister sollen das Motiv zur Tat sein.

Die Konstantin Reiner-Gedächtnis-Ausstellung wird Mittwoch von 2 Uhr an allgemein zugänglich sein bei Keller u. Reiner, Berlin W., Potsdamerstr. 122. Um 12 Uhr findet vor geladnem Publikum ein feierlicher Eröffnungsfestakt statt.

Die Festnummer der „Arbeitsenden Jugend“, die im September vorigen Jahres anlässlich des einjährigen Bestehens der Berliner Jugendorganisation von dieser herausgegeben ward, hatte derartige Beliebtheit gefunden, daß jetzt die Januarnummer der „Arbeitsenden Jugend“ ebenfalls als Festnummer erschienen ist. Sie ist bedeutend reichhaltiger ausgestaltet als die erstere. Die Titelseite schmückt ein Gedicht von Robert Seidel: „Das ungerechte Jahr!“ Neben den interessanten Artikeln, die die Organisation betreffen, enthält die Zeitschrift noch Beiträge von Dr. Max Laurendrecher, H. van der Smitten, Josef Peterjiska-Wien und eine eigene für die „Arbeitsenden Jugend“ aus dem Russischen übersehte Skizze von Korneff. Der Preis dieser Zeitschrift beträgt halber nur 10 Pf., und ist zu beziehen durch die Expedition J. Wachsmann, N., Veteranenstr. 8.

Wegen einer Gaskvergiftung wurde am Sonntag früh um 8 Uhr die Berliner Feuerwehr nach der Vorhojenstraße 41 gerufen. Dort wurde der Schuhmachereister Albert Winter bewußtlos angetroffen. Alle Bemühungen, den Bewußtlosen durch Einflößen von Sauerstoff zu wieder ins Leben zu rufen, waren vergeblich. Die Leiche wurde von der Polizei beschlagnahmt.

Vermisst. Seit dem 6. Dezember 1905 wird der Tischler Hugo Karl, am 19. April 1885 zu Belgern geboren, hier, Christburgerstraße 33 bei den Eltern wohnhaft gewesen, vermisst. Beschreibung: Gestalt kräftig, Größe 1,60 Meter, Haare dunkelblond, krausig, Augen blau, Nase dick, stumpf, Zähne gut, Anflug von Schnurrbart. Bei seinem Verschwinden war derselbe bekleidet mit schwarzem Hut, dunklem weichdunnen Jackett, schwarzen Schnürschuhen, grauwollenen Strümpfen und Vordachhemd. Alle diejenigen, welche Angaben zur Sache machen können, werden gebeten, dies der Kriminalpolizei, Zimmer 326 II, oder einem Polizeibeamten zu den Adressen 9038 IV 2, 05 mitzuteilen.

Inferatenteil veranw.: Th. Glöck, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts-Druckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW.

Tragödie eines Brautpaars. In der vierten Etage der Triftstraße 2 wohnt seit längerer Zeit der Maschinenheizer Martin Dreaxnach, dessen Sohn, ein Arbeiter von Beruf, schon Jahre hindurch krankenleidend war. Der junge Mann war mit einem Mädchen verlobt. Wegen seines Krankheitszustandes bekam er jedoch plötzlich Bedenken, seine Braut für immer an sich zu fesseln. Gestern nachmittag kam die Braut in die Wohnung der Eltern des V. und trank dort den Kaffee. Später entfernten sich die zwei jungen Leute aus dem Wohnzimmer und begaben sich in das anstößende Gemach des Brautpaars. Vergeblich warteten die Eltern darauf, daß die beiden wieder aus dem Zimmer herausträmen. Es wurde schließlich 1/5 Uhr, und als man auch jetzt noch nichts vernahm, schloß man vergeblich. Der alte V. rittelte an der Tür des von innen verriegelten Zimmers, doch vergeblich. Nun wurde die Polizei gerufen, welche das Schloß gewaltsam öffnen ließ. Die Verhaftungen, die man gehofft hatte, wurden beim Eintritt in die Stube nur zu schrecklich bewahrt. Die beiden Brautleute hatten gemeinsam Gift genommen und waren bereits tot. Auf dem Tische stand der leere Giftbehälter. Es ist zweifellos, daß die beiden in gegenseitigem Einverständnis gemeinsam in den Tod gegangen sind. Die Leichen wurden polizeilich beschlagnahmt und in das Schauhaus eingeliefert.

Das Leben genommen hat sich dieser Tage die Frau eines im Westen Berlins sehr bekannten Baumeisters. Das Motiv zur Tat soll zu suchen sein, daß ihr verders veranlagter Ehemann sie infolge seiner Reigungen derart gequält habe, daß sie das Opfer desselben geworden sei. Schließlich habe sie einen solchen Abscheu vor sich selber und ihrer Umgebung empfunden, daß ihr das Leben unerträglich geworden sei.

Durch eine Hutnadel ein Auge verletzt hat Sonntag nachmittag eine Frau Becker aus Rixdorf. Dieselbe wollte die Nachmittagsvorstellung des Jirkus Schumann besuchen und stand im dichten Gedränge auf der Treppe zum Jirkus vor der Eröffnung. Beim Öffnen der Türen drehte sich eine vor ihr stehende Frau plötzlich um und schloß Frau B. mit ihrer spitzen Hutnadel direkt in das rechte Auge. Sie schrie laut auf und lief nach einer in der Nähe liegende Augenklinik. Hier fand der Arzt, daß das Auge bereits ausgefallen war.

Im Arbeiterinnenheim II, Uferstraße 7, beginnt jetzt ein neuer Abend-Kochkursus. Monat 1. März. Teilnehmerinnen können sich im Heim melden.

Vermischtes.

In den Klammern umgekommen. Gestern abend brannte das Wohnhaus des Ackerbürgers Worman in der Wühlstraße in Friedland (Mecklenburg) vollständig nieder. Die im ersten Stockwerk schlafenden vier und sechs Jahre alten Kinder des Arbeiters Schröder verbrannten. Die Eltern wurden, wie die „Friedländer Zeitung“ meldet, als der Brandstiftung verdächtig, verhaftet.

101 Menschen verbrannt. Nach einer Meldung aus Tokio hat jüngst auf den Mita-Gruben in der Provinz Janoo eine Explosion stattgefunden, durch welche die Werke in Brand gerieten. Von 2000 darin beschäftigten Personen sind 101 dabei umgekommen.

Ueberbördete Postbeamte. Gestern vormittag wurde in das Wiener Postparlament die Rettungsgesellschaft gerufen, wo 18 Beamte von Aufregungszuständen, Ohnmachten und Krämpfen befallen waren. Die Kranken sagten aus, daß sie infolge Ueberbürdung in 10—11 stündigem Dienst in diese Zustände geraten seien. Die Rettungsgesellschaft leistete ihnen die erste Hilfe. Außerdem wurden noch fünf Personen von Aufregungszuständen und Weinkrämpfen befallen.

Rädchenhandel. „Es ist erschreckend, welchen Umfang der Handel mit Mädchen zu unmoralischen Zwecken in New York angenommen hat!“ so erklärte der Chef des Einwanderungsbureaus auf der Landungsstation Ellis Island von New York, gelegentlich der jüngst erfolgten Beurteilung eines französischen Mädchenhändlers. Waghorn, so heißt der Beamte, fügte hinzu, daß mit jedem Schiffe viele Mädchen kommen, die direkt nach öffentlichen Häusern gehen. Oft ahnungslos und unschuldig, von falschen Botschaften geblendet, laufen sie den Händlern ins Garn. Diese Händler sind so schlau und geschickt, daß sie von den Behörden selten abgefaßt werden. Von Männern, die als Brüder und andere Verwandte sich vorstellen, werden die Mädchen, die darauf vorbereitet sind, in Empfang genommen und fortgebracht. — In letzter Zeit wurde die Aufmerksamkeit der Regierung vielfach darauf gerichtet, daß ein lebhafter Handel mit Mädchen nach Panama aus Anlaß des Kanalbaus stattfindet.

Berliner Marktpreise. Aus dem amtlichen Bericht der städtischen Markthallen-Direktion. Rindfleisch Ia 64—69 pr. 100 Pfund, IIa 58—64, IIIa 50—55, IVa 40—48, Kalbfleisch Ia 86—95, IIa 74—85, IIIa 60—72, Hammelfleisch Ia 64—74, IIa 52—62, Schweinefleisch 74—78, Rotfleisch 48—50 Pf. Hefen Stroh 3,00—3,50, mittel 1,85—2,30. Raminchen Stück 0,80—1,00, Döner pro Stück, alt 1,20—1,85, junge Ia 0,50—1,20, IIa 0,00—0,00, Lauben, junge 0,50 alte 0,50. Enten junge 1,00—2,40, Gänse pro Stück Ia 0,00—0,00, IIa 0,00—0,00, pro Pfd. Ia 0,55—0,58, IIa 0,00—0,00. Schaffleisch 20—24 Pf., Hühner 28 Pf., pro 100 Pfd. Dohle 00—00 Pf., Schote, mittel 00—00 Pf., Kalk, groß 0,00, mittel 1,00—1,10, klein 0,00, Blößen 00—00 Pf., Karpfen ungl. 00 Pf., Lachs 00,00, Schottische Wolleringe (gelbes) 36—38 Pf. Eier, Schod 5,00, Butter pro 100 Pfund Ia 117—120, IIa 114—117, IIIa 110—114, abfallende 00—000, Kartoffeln pr. 100 Pfd. rote 2,00—2,20, Rote 0,00—0,00, Blaue 0,00—0,00, runde weiße 1,90—2,00, Wirsingbohnen pr. Schod 7,00—12,00, Weizholz 7,00—10,00, Koffholz 6,00—10,00, Holz 14—17 Pf., Saure Gärten, Schod 2,00 Pf., Pfefferkörner 2,00 Pf.

Witterungsübersicht vom 9. Januar 1906, morgens 8 Uhr.

Stationen	Barometerstand um 9 Uhr	Windrichtung	Windstärke	Temperatur um 9 Uhr	Stationen	Barometerstand um 9 Uhr	Windrichtung	Windstärke	Temperatur um 9 Uhr	
Schwetzingen	746	S	3	mollig	1	Hannover	—	—	—	
Darmstadt	744	D	1	Regen	2	Petersburg	757	S	3	bedeckt
Berlin	747	SE	2	mollig	1	Stettin	748	SW	5	mollig
Frankfurt a. M.	742	SE	2	Regen	6	Berdeen	743	SW	2	bedeckt
München	748	SE	2	bedeckt	1	Paris	746	S	3	bedeckt
Wien	753	SE	1	heiter	0					

Weiterprognose für Dienstag, den 9. Januar 1906. Ein wenig kälter, veränderlich, vorwiegend wolkig mit Niederschlägen und ziemlich häufigen südlichen Winden.

Berliner Wetterbureau

Ältestes konz. Leihhaus Charlottenburg, Wilmersdorferstr. 40 I. Hohe Beleihung, Diskr. Sprechzimmer

Rixdorf. Beschl.-u. Reparaturwerkstatt bei reellster Bedienung zu soliden Preisen. 3103

A. Grochowsky, Ebnstr. 4.

Otto Bredow, Rixdorf, Hornmannstr. 56. Wollwaren, Strümpfe, Trikotagen, Putz- und Modewaren.

J. Biesel, Rixdorf, Steinmeißer 9. Beste Resterhandlung. Große Auswahl in Herren- u. Damenstoffen sowie fertiger Kleider und Arbeitshäutchen, Mädchenmänteln, Kostümen. 3138*